

IMPULSE UND ERFAHRUNGEN

Denkwerkstätten für eine jugend- gerechte Politik 2023-2026



Denkwerkstätten für eine jugendgerechte Politik

Seite 2 GRUSSWORT

Seite 3 EDITORIAL

ERKENNTNISSE AUS DEN DENKWERKSTÄTTEN

Seite 4 WOHNUNGSPOLITIK

Seite 6 GESUNDHEITSPOLITIK

Seite 8 MOBILITÄTSPOLITIK

Seite 10 DIGITALPOLITIK

Seite 12 KLIMAPOLITIK

Seite 14 BILDUNGSPOLITIK

Seite 16 FINANZPOLITIK

Seite 18 SICHERHEITSPOLITIK

Seite 20 MEDIENPOLITIK

Seite 22 GETEILTE HERAUSFORDERUNGEN

Seite 24 SCHLUSSFOLGERUNGEN AUS DEN DENKWERKSTATTPROZESSEN

Seite 26 AGJ-POSITIONSPAPIER: „JUGEND GEHÖRT IN JEDE POLITIK!“

Liebe Leser*innen,

die vorliegende Abschlussbroschüre zur Projektlaufzeit der „Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik - jugendgerecht. de“ macht einen Prozess sichtbar, der über die Grenzen der Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe hinausreicht. Die Arbeitsstelle hat gemeinsam mit den in den Denkwerkstätten engagierten Expert*innen und jungen Menschen in den vergangenen Jahren eindrucksvoll gezeigt, wie ein strukturierter, ressortübergreifender Dialog der Jugendpolitik mit anderen Politikfeldern gelingen kann. Darüber hinaus wurde deutlich wie wertvoll es ist, die Perspektiven und Interessen junger Menschen systematisch in politische Entscheidungsprozesse einzubringen und hervorzuheben. Zu oft werden die Interessen der jungen Generationen sonst übersehen und ignoriert.

Die im Rahmen der Denkwerkstätten entwickelten Thesen und Empfehlungen für eine jugendgerechte Politik machen deutlich: Jugendpolitik kann ihre Wirkung nur dann voll entfalten, wenn sie als Querschnittsaufgabe verstanden und entsprechend gemeinsam gestaltet wird. Die Herausforderungen, vor denen junge Menschen heute stehen, sind komplex und betreffen unterschiedliche Politikfelder gleichermaßen. Umso wichtiger ist es, bestehende Ressortgrenzen zu überwinden und neue Formen der Zusammenarbeit zu stärken.

Als Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ begrüße ich ausdrücklich, dass mit den Denkwerkstätten ein Format etabliert wurde, das genau hier ansetzt: Es verbindet Expertisen und Erfahrungen, schafft

Räume für Verständigung und trägt dazu bei, gemeinsame Handlungslogiken zu entwickeln und Verbindungen über Ressortgrenzen hinweg zu knüpfen. Diese Form der Zusammenarbeit verstehen wir als richtungsweisend – sowohl für die Weiterentwicklung der Eigenständigen Jugendpolitik als auch für eine zukunftsfähige, ressortübergreifende Politikgestaltung auf Bundesebene.

Gleichzeitig sehen wir die vorliegenden Ergebnisse nicht als Abschluss, sondern als Ausgangspunkt für die weitere Arbeit. Die gewonnenen Erkenntnisse gilt es zu vertiefen, zu übertragen und in konkrete politische Prozesse einzuspeisen. Als AGJ stehen wir bereit, diesen Weg aktiv weiter mitzugestalten. Wir bringen unsere Erfahrungen, Netzwerke, die Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe und unsere fachliche Expertise ein, um die Weiterentwicklung des Konzepts zu unterstützen und die ressortübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Bundesregierung weiterhin zu stärken.

Unser Ziel bleibt es, die Anliegen und Lebensrealitäten junger Menschen nachhaltig im politischen Handeln zu verankern. Dafür braucht es verlässliche Strukturen, kontinuierlichen Austausch und den gemeinsamen Willen zur Veränderung. In diesem Sinne laden wir alle Beteiligten ein, diesen jugendpolitischen Auftrag anzunehmen und den gemeinsamen Weg weiterzugehen.

Ihre

Dr. Gabriele Weitzmann

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

→ [WWW.AGJ.DE](http://www.agj.de)

Impulse für eine Eigenständige Jugendpolitik

Von Januar 2023 bis Juni 2026 hat die Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik mit der Umsetzung von thematischen Denkwerkstätten gezielt Räume für Austausch, Reflexion und politische Verständigung geschaffen. Dabei kamen Akteur*innen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen, um zentrale Herausforderungen unserer Gegenwart und Zukunft gemeinsam zu diskutieren. Der Austausch hatten das Ziel, die Perspektiven junger Menschen stärker und nachhaltiger in politische und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse einzubringen.

Im Mittelpunkt stand dabei ein handlungsfeldübergreifender Dialog, der unterschiedliche Sichtweisen bewusst zusammenführt. Denn eine zukunftsfähige und jugendgerechte Politik erfordert mehr als ressortfokussierte Lösungsansätze: Sie lebt von der Verbindung verschiedener Perspektiven, vom produktiven Austausch und von der Bereitschaft, gemeinsam und strukturell jugendpolitisch zu agieren.

Die Denkwerkstätten waren dabei nicht nur Orte des Gesprächs, sondern auch Räume gemeinsamer Wissensproduktion. Hier wurden Problemfelder identifiziert, Zusammenhänge analysiert und neue Handlungslogiken entwickelt. Aus diesem Prozess sind Thesen, Impulse und Empfehlungen hervorgegangen, die als Grundlage für eine stärkere Verankerung jugendpolitischer Anliegen in politischen Entscheidungsprozessen dienen können.

Expert*innen aus den verschiedenen Politikfeldern sind in den neun Denkwerkstätten jeweils mit Jugendinteressenvertretungen, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in den Dialog getreten. Nach einer Auftaktveranstaltung gab es in der Regel weitere Treffen und Abstimmungen auch im digitalen Raum, um ein gemeinsames Ergebnis zu erarbeiten und fachliche Impulse zu setzen. Die Übersichten zu den Mitwirkenden aller Denkwerkstätten sowie die ausführlichen Outputs finden sich unter <https://www.jugendgerecht.de/eigenstaendige-jugendpolitik/denkwerkstaetten/>

Diese Broschüre macht die Ergebnisse dieses intensiven Arbeitsprozesses in Auszügen sichtbar. Sie versteht sich als Einladung, die entwickelten Impulse weiterzudenken, in unterschiedliche Kontexte zu übertragen und den begonnenen Dialog fortzuführen. Denn eine Eigenständige Jugendpolitik entfaltet ihre Wirkung nur dann, wenn sie kontinuierlich weiterentwickelt wird – im Austausch, im Diskurs und im gemeinsamen politischen Handeln.

jugendgerecht.de – Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik

→ [WWW.JUGENDGERECHT.DE](http://www.jugendgerecht.de)

Wohnungspolitik

Welche Strukturen hängen mit jungem Wohnen zusammen und müssen im Sinne einer Stadt- bzw. Regionalentwicklung mit Wohnungspolitik zusammen gedacht werden?



Jugendgerechtes Wohnen – in der Stadt und auf dem Land

Eine jugendgerechte Wohnungspolitik muss nicht nur bezahlbaren Wohnraum sowie die Versorgung mit Dienstleistungen und Gütern des täglichen Bedarfs sichern, sondern auch den Zugang zu Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten und Bildungsorten gewährleisten. Die Denkwerkstatt Jugendgerechte Wohnungspolitik hat sich mit den konkreten Bedarfen junger Menschen in der Bau-, Stadt- und Wohnpolitik auseinandergesetzt. Daraus entstanden Impulse, die auf der [Denkwerkstattseite](#) zum Download zur Verfügung stehen.

Herausforderungen für junge Menschen in Wohnungspolitik und Stadtplanung

Viele junge Menschen suchen insbesondere während der Ausbildungszeiten das Leben in den Städten, wo Bildungsangebote und Arbeitsplätze unmittelbar neben Raum für Selbstentdeckung, Kreativität und Kultur liegen. Das Stadtleben ist jedoch aufgrund der verschärften Konkurrenz um knappen Wohnraum und der gestiegenen Lebenshaltungskosten für immer mehr Jugendliche kaum oder nur sehr erschwert möglich. Wohnungssuche und Zwischenmietverhältnisse belasten armutsbetroffene junge Menschen in ihrer Ausbildung, im Beruf und in ihrer Lebensplanung. In einigen Städten sind arme junge Menschen außerhalb von Azubi-

und Studierendenwohnheimen gar nicht mehr in der Lage, Wohnraum anzumieten, da die Neuvermietungspreise für die jungen Menschen trotz BAföG, Unterstützung der Eltern und/oder Nebenjobs nicht mehr finanzierbar sind. In angespannten Wohnungsmärkten sind zudem Anbietende unterwegs, welche die Notlagen junger Menschen finanziell oder anderweitig auszunutzen suchen.

Auf der anderen Seite schätzen viele junge Menschen Naturnähe und die Gemeinschaft, die das Leben in Dörfern und kleinen Städten bieten kann. Diese jungen Menschen sehen sich mit anderen Herausforderungen konfrontiert als jene, die in der Stadt wohnen. Vielerorts ist die Infrastruktur vernachlässigt, Bildungs- und Karrierechancen sowie Mobilitätsangebote sind oftmals nur eingeschränkt vorhanden. Dabei können ländliche Räume attraktiv für junge Menschen werden, wenn sie junge Menschen schon während des Aufwachsens wirkungsvoll beteiligen und sich für jugendgerechte Impulse öffnen. Dies kann sich spätestens dann auszahlen, wenn junge Menschen nach dem Studium oder der Ausbildung wieder an den Ort zurückkehren, den sie sich in Kindheit und Jugend aneignen und mitgestalten konnten.

„Jugendgerechte Straße“ macht Bedürfnisse und Lösungsansätze sichtbar

Das Arbeitsergebnis der Denkwerkstatt wurde als „Jugendgerechte Straße“ illustriert: Anhand der Metapher einer jugendgerechten Straße werden wohnungs- und baupolitische Bedürfnisse und Forderungen sichtbar gemacht. Das interaktive Dokument ist unterteilt in „Urban“ und „Ländlich“, um die unterschiedlichen Bedürfnisse und Lebensrealitäten von jungen Menschen in der Stadt und auf dem Land sichtbar zu machen. Die Grafik eignet sich als niedrigschwelliger Zugang für jugend- und wohnungspolitisch Interessierte, um sich der Vielschichtigkeit der Thematik zu nähern.

Urbaner Raum

Jenseits des zentralen Problems der Bezahlbarkeit von Wohnraum ist auch der Zuschnitt von Wohnungen für junge Menschen relevant. Kleine Wohnungen mit einem bis zwei Zimmern sowie WG-geeignete größere Wohnungen sind dabei die am meisten nachgefragten Wohnungstypen. Für junge Menschen mit Behinderungen stellt sich zudem die Frage der Barrierefreiheit, welche häufig nicht gegeben ist. Wohngemeinschaften haben außerdem ein Interesse daran, auch beim Wechsel der Hauptmietenden Bestandsschutz zu genießen. Nicht zuletzt ist es auch für Träger der stationären Jugendhilfe immer schwerer geworden, geeigneten Wohnraum anzumieten. Junge Menschen mit Migrationshintergrund haben zudem mit Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt zu kämpfen, zum Beispiel auf Grund von Namensdiskriminierung. Der Erwerb von Wohneigentum ist für die meisten jungen Menschen – ohne Zugang zu ererbtem Vermögen oder hoch bezahlten Jobs – in Städten nicht mehr realistisch, obwohl der Wunsch danach durchaus vorhanden wäre. Ein Wohnstartkapital für die Erstaussstattung würde armen jungen Menschen den Schritt in die Unabhängigkeit erleichtern.

Umso wichtiger sind daher Wohnangebote, die entkoppelt vom freien Wohnungsmarkt funktionieren. Wohnheime für Studierende und Auszubildende, geförderter sozialer Wohnungsbau und speziell für junge Menschen bereitgehaltener Wohnraum in Wohnungsbaugenossenschaften eröffnen Perspektiven. Sozialräume und (insbesondere für Minderjährige) pädagogische Begleitung erleichtern zudem das Ankommen in einer neuen Stadt und sind Prävention gegen Einsamkeit.

Auch wenn der Druck auf die Raumplanung groß ist, möglichst viel neuen Wohnraum auszuweisen: Junge Menschen brauchen nicht nur die reine Wohnfläche, sondern auch soziale Infrastruktur wie Einkaufsmöglichkeiten und Arztpraxen sowie nichtkommerzielle, beteiligungsorientierte Freizeitangebote. Dazu gehören neben Sportstätten auch

Jugendräume und -zentren. Hier lassen sich auch geteilte Lösungen mit anderen Bevölkerungsgruppen wie Senioren und Familien finden – gegenseitige Akzeptanz und räumliche Flexibilität vorausgesetzt.

Ländlicher Raum

Im ländlichen Raum überwiegen Einfamilienhäuser und kleine Mehrfamilienhäuser im Bestand, die oftmals zu groß für einen einzelnen Jugendlichen beziehungsweise nicht geeignet für Wohngemeinschaften sind. Hier sind kreative Neuzuschnitte gefragt, die zudem ein Mehrgenerationenwohnen oder eine Revitalisierung von Leerstand ermöglichen würden. Dörfer leben zudem von der Gemeinschaft. Diese brauchen jedoch niedrigschwellige Begegnungsorte, die auch für selbstorganisierte Jugendkultur und Freizeitnutzung offen sind. Zugang zu sozialer Infrastruktur, zumindest tageweise, ist ebenfalls von großer Bedeutung. Selbstorganisierte Dorfläden, Community Nurses, mobile Arztpraxen und digitale Beratungsangebote sind Beispiele dafür. Leerstandsmanager*innen können bei der Belegung von Dorfzentren unterstützen und Win-Win-Situationen herbeiführen sowie und Donut-Effekte (Neubau am Dorfrand bei Leerstand im Dorfkern) vermeiden.

Der Zugang zu Bildungsorten, insbesondere zu Ausbildungsstätten, ist für junge Menschen entscheidend. Eine verbesserte Verkehrsinfrastruktur sowie (bei wohnortfernen Berufsschulen) Wohnheimplätze und stabile Internetverbindungen können dazu beitragen, die Ausbildung im ländlichen Raum attraktiver zu gestalten.

2023

→ PDF DRUCKFASSUNG
JUGENDGERECHTE WOHNUNGSPOLITIK

→ INTERAKTIVES PDF (ADOBE READER)
JUGENDGERECHTE WOHNUNGSPOLITIK



Gesundheitspolitik

Wie können die Systeme Gesundheit und Jugendhilfe gemeinsam Möglichkeiten schaffen, die den Erhalt mentaler Gesundheit von jungen Menschen befördern?



Das Diskussionspapier „Mentale Gesundheit Jugendlicher sichern – systemübergreifend handeln!“ beschreibt das Zusammenspiel verschiedener Systeme des Aufwachsens junger Menschen in Bezug auf die mentale Gesundheit.

Das Papier geht vom Recht aller jungen Menschen aus, gesund aufzuwachsen. Gesundheit bedeutet dabei nicht nur die Abwesenheit von Krankheit und Gebrechen, sondern ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens. Seit der Corona-Pandemie hat die psychische Belastung junger Menschen deutlich zugenommen. Risikofaktoren sind vor allem Armut, Diskriminierung, Einsamkeit, Mobbing, ein schlechter Zugang zu Bildung und geringer familiärer Zusammenhalt.

Armutsprävention ist Gesundheitsförderung

Die biologischen, psychologischen, sozialen und ökonomischen Faktoren, die Gesundheitschancen beeinflussen, sind unter jungen Menschen ungleich verteilt, oft zum Nachteil von Jugendlichen aus armen Familien. So sind beispielsweise Einsamkeit, mangelnde körperliche Aktivität, ungesunde Ernährung und mangelnde gesellschaftliche Teilhabe in dieser Gruppe besonders ausgeprägt. Armutsprävention ist daher auch aktive Gesundheitsförderung und Prävention, da sie Zugang zu Unterstützungssystemen und präventiven sowie therapeutischen Ressourcen ermöglicht – nicht nur für die jungen Menschen selbst, sondern auch für ihre erwachsenen Bezugspersonen.

nährung und mangelnde gesellschaftliche Teilhabe in dieser Gruppe besonders ausgeprägt. Armutsprävention ist daher auch aktive Gesundheitsförderung und Prävention, da sie Zugang zu Unterstützungssystemen und präventiven sowie therapeutischen Ressourcen ermöglicht – nicht nur für die jungen Menschen selbst, sondern auch für ihre erwachsenen Bezugspersonen.

Passende und zuverlässige Versorgung sichern

Angebote und Netzwerke zum Schutz und zur Wiederherstellung mentaler Gesundheit müssen junge Menschen in ihrer gesamten Vielfalt berücksichtigen und ihre Angebote entsprechend ausrichten. Dies gilt insbesondere für mehrfach diskriminierte junge Menschen, deren Zugänge zu Gesundheitsleistungen ohnehin eingeschränkt sind und die zudem besonders schwer belastet sind. Eine integrierte, datenbasierte Sozial- und Jugendhilfeplanung kann hier wertvoll sein und Unterversorgungen aufdecken. Ergänzend dazu müssen Reibungsverluste aufgrund unklarer Zuständigkeiten vermieden werden – Fachkräfte brauchen hinreichend Zeit und Ressourcen für den Beziehungsaufbau, um passende Angebote für individuelle Bedarfe zu identifizieren und so die Stärken des hochspezialisierten Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesens zum Tragen zu bringen. Ein gelingendes Case Management analog zu den Jugendberufsagenturen im

Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) kann so die Jugendgesundheit spürbar verbessern.

Fachkräfte unterstützen und bestärken

Vielerorts ist die Personalsituation in den gesundheitsfördernden Angeboten unzureichend. Die Fachkräfte brauchen Entlastung, um mehr Zeit für die Unterstützung junger Menschen zur Verfügung zu haben. Neben der Finanzierung sind hier auch interdisziplinäre Teams und flexible Personalmodelle in den Blick zu nehmen und Präventionsstrukturen langfristig zu fördern. Mit Blick auf junge Menschen sollte Verhältnisprävention aufgrund der größeren Wirkung den Vorrang gegenüber Verhaltensprävention erhalten.

Stigmatisierung bekämpfen

Da psychische Erkrankungen gesellschaftlich immer noch stigmatisiert werden und die daraus resultierende Scham junge Menschen davon abhalten kann, sich professionell unterstützen zu lassen, müssen Fachkräfte in Einrichtungen für junge Menschen in einem professionellen, präventiven, gesundheitsförderlichen und unterstützenden Umgang mit mentaler Gesundheit geschult werden. Hier können auch digitale Informationsangebote genutzt werden, um den zunehmend offenen Umgang mit dem Thema durch Personen des öffentlichen Lebens aufzugreifen und nutzbar zu machen.

Stärkung funktionierender Strukturen

Im Bereich mentaler Gesundheit gibt es einerseits eine Fülle an Projekten und Förderprogrammen, andererseits eine Überlastung der permanenten Strukturen. Zudem werden gelingende Projekte zu selten in die Regelstrukturen überführt. Als Beispiel für tragfähige Strukturen im Jugendgesundheitsbereich könnten die Frühen Hilfen dienen, welche beispielhaft für gesetzlich verankerte und erfolgreiche Zusammenarbeit verschiedener Ebenen stehen. Auch die bereits bestehenden Angebote wie die J-Untersuchungen müssen stärker beworben und die Mitwirkungsraten erhöht werden, auch um eine Vertrauensbasis zwischen Jugendlichen und ihren Ärzt*innen zu stärken. Zudem müssen dringend mehr GKV-finanzierte Psychotherapieplätze angeboten werden und regional so verteilt werden, dass insbesondere die starke Unterversorgung im ländlichen Raum beseitigt wird. Nicht zuletzt brauchen auch Ehrenamtliche in den Selbstorganisationen junger Menschen professionelle Unterstützung, da sie oft die ersten Ansprechpersonen von jungen Menschen mit psychischen Belastungen sind.

Schulen und weitere Lebensräume stärken

Schulen werden sehr unterschiedlich erlebt: Für viele Jugendliche sind sie ein Lern- und Lebensort, an dem sie gehört und unterstützt werden. Für andere junge Menschen sind sie ein Ort, an dem sie Diskriminierung, Druck und Mobbing erleben. Eine auf Augenhöhe im Schulleben agierende Schulsozialarbeit und Mitgestaltungsmöglichkeiten für junge Menschen können hier ein förderliches Klima schaffen, auch wenn es immer Schüler*innen geben wird, welche Unterstützungsangebote im Kontext Schule nicht annehmen möchten oder können.

Auch digitale Räume können positive wie negative Wirkungen auf die mentale Gesundheit haben. Anbieter sind in der Pflicht, gesundheitsgefährdende Mechanismen abzustellen und Inhalte wie gesichtsverändernde Filter, KI-generierte Bilder und Videos sowie Werbung für kosmetische Eingriffe zu kennzeichnen. Gleichzeitig sollten niedrigschwellige Inhalte der Gesundheitsförderung auch im digitalen Raum angeboten werden.

Nicht zuletzt brauchen junge Menschen auch offline Freiräume und ausreichende Erholungszeiten für zum Beispiel Sport und selbstbestimmten Austausch mit Gleichaltrigen. Schulische Anforderungen insbesondere im Ganztags müssen dies berücksichtigen.

2023

→ DISKUSSIONSPAPIER „MENTALE GESUNDHEIT JUGENDLICHER SICHERN – SYSTEMÜBERGREIFEND HANDELN!“ (PDF)

Mobilitätspolitik

Wie können mobilitätspolitische Planungsprozesse in Kommunen, Ländern und auf Bundesebene junge Menschen beteiligen und deren Interessen berücksichtigen?



Anlässlich der Verkehrsministerkonferenz 2024 formulierte die Denkwerkstatt Jugendgerechte Mobilitätspolitik folgenden, weiterhin aktuellen Appell:

Jugendinteressen in der Verkehrspolitik berücksichtigen: Mobil sein und ankommen – jetzt und in Zukunft!

Präambel

Verkehrspolitik ist Jugendpolitik. Energieintensive Politikbereiche wie die Mobilitätspolitik sind in der Verantwortung, klimaverträgliche Lösungen für die zahlreichen Herausforderungen zu finden, die sich jetzt und in Zukunft stellen. Handlungsleitend ist hier der sogenannte Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021, der klarstellt, dass die Freiheitsrechte künftiger Generationen schon heute gewahrt und verteidigt werden müssen, vor allem durch Einhalten der Paris-Klimaziele. Demzufolge sind alle politischen Vorhaben zur Ausgestaltung des Mobilitätssektors zuerst auf ihre Klimafolgen hin zu bewerten. Die innerhalb dieses Korridors bestehenden Umsetzungsvorschläge sind anhand weiterer Qualitätsaspekte wie „Vision Zero“, soziale Teilhabe, Erreichbarkeit, Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit und Flächen-sparsamkeit abzuwägen.

Jugend erwartet sichere Mobilität!

Mobilitätspolitik betrifft alle Menschen. Dabei haben junge Menschen von zwölf bis 27 Jahren spezifische Erwartungen an eine jugendgerechte Mobilitätspolitik, auch wenn ihre Lebenslagen und die Bedingungen im Wohnort sehr unterschiedlich sein können. Sie sind auf einen kostengünstigen, zweckdienlichen ÖPNV sowie eine gut ausgebaute Rad- und Fußwegestruktur angewiesen, um selbstständig und sicher ihre Bildungs-, Arbeits- und Freizeitstätten erreichen zu können. Auch eine reduzierte Höchstgeschwindigkeit für PKW führt zu mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden. Es kann nicht von allen Eltern erwartet werden, neben Lohn- und Carearbeit auch zuverlässig als Fahrdienst mit einem eigenen PKW zur Verfügung zu stehen. Dies gilt insbesondere für Jugendliche aus armen Elternhäusern, für die dies eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und soziale Mobilität ist. Daher erwarten junge Menschen zu Recht, mit ihren Bedürfnissen bei den Planungsprozessen aller politischen Ebenen ihre Perspektiven und Erwartungen in Beteiligungsprozessen einbringen zu können.

Unterwegs in Stadt und Land für mehr Chancengerechtigkeit

Jugendliche sind oft zu unterschiedlichen Zielen unterwegs: in jungen Jahren spielt der Schulweg eine große Rolle,

ergänzt von den Wegen am Nachmittag und Wochenende zu Freizeit, Ehrenamt und Freund*innen. Später kommen Pendelstrecken zwischen dem Elternhaus bzw. Wohnort und dem Ausbildungsort hinzu. Dabei erwarten Jugendliche sowohl in den Städten als auch in ländlichen Gebieten, dass die Bildungsperspektiven – und damit die Gleichheit der Lebenschancen – in allen Regionen des Landes gleichermaßen gewahrt sind und nicht daran scheitern, dass der gewünschte Ausbildungsort aufgrund von finanziellen oder infrastrukturellen Einschränkungen nicht erreicht werden kann. Dies gilt auch für den grenzüberschreitenden Verkehr, der Europa erlebbar macht.

Jugend braucht verschränkte Mobilitätssysteme!

Junge Menschen sind innovativ in der Wahl ihrer Fortbewegungsmittel und nutzen auf dem Weg zum Ziel auch Kombinationen aus unterschiedlichsten Verkehrsmitteln – das Fahrrad, den (E-)Roller, Busse und Bahnen. Die Hürden zur Nutzung sollten dabei niedrig sein und beispielsweise die problemlose Mitnahme von Fahrrädern in Bussen und Bahnen gewährleistet werden. Besonders verschärft stellen sich diese Herausforderungen für junge Rollstuhlfahrer*innen, die eine deutlich eingeschränkte Reisefreiheit haben, weil der Zustieg in viele Bahnen des Fernverkehrs nur mit aufwändiger Voranmeldung möglich ist und am Reisetag Verspätungen im Betriebsablauf besonders schwere Folgen haben, wenn sich Reiserouten kurzfristig ändern müssen. Außerdem müssen verschränkte Mobilitätssysteme heutzutage auch digital abgebildet sein, um effizient genutzt werden zu können.

Vor Ort wirksam beteiligen

Die meisten Mobilitätsentscheidungen mit Wirkung auf junge Menschen werden vor Ort auf kommunaler Ebene getroffen: Wie gestaltet und beplant eine Stadt die Straßen, Wege und öffentlichen Räume? Welches Nutzungsverhalten wird zugrunde gelegt, wessen Bedürfnisse gehört? Hier sind Jugendliche an der Verkehrswegeplanung und anderen mobilitätsrelevanten Vorhaben zu beteiligen, um die Anliegen junger Menschen wirksam in die Stadtgestaltung einzubringen. So werden aus Wohnorten Lebensorte.

Jugendgerechte Mobilitätspolitik ermöglichen

Jugendbeteiligung an Mobilitätspolitik ist dabei kein Selbstzweck oder Ausspielen unterschiedlicher Altersgruppen gegeneinander. Viele andere Bevölkerungsgruppen haben

ähnliche Anliegen und profitieren von einer Mobilitätspolitik, die die Vielfalt ihrer Nutzungsgruppen mitdenkt. Junge Menschen sind neben direkten Beteiligungsvorhaben auch darauf angewiesen, anwaltschaftliche Fürsprache durch ihre Interessensvertretungen zu erhalten – und dies auf allen politischen Ebenen in Bund, Land und Kommune sowie im europäischen Kontext. Entsprechende gesetzliche Grundlagen zur Beteiligung junger Menschen an Mobilitätspolitik sowie geeignete Förderprogramme sind zu schaffen. Dazu gehört auch mehr wirksame Beteiligung junger Menschen in den Organisationen, welche sich mit Mobilitätsfragen beschäftigen.

Appell:

Die Bedürfnisse und Interessen von jungen Menschen müssen in der Verkehrspolitik mehr berücksichtigt werden, Jugendbeteiligung muss wirksam in Planungsprozessen etabliert und im politischen Raum verankert werden. Ein jugendgerechter Mobilitätssektor braucht heute eine Politik, die Mobilitätshemmnisse abbaut und seiner ökologisch-sozialen Verantwortung gerecht wird. Denn Jugend will mobil sein und will ankommen – jetzt und in Zukunft!

2024

→ APPELL: „JUGENDINTERESSEN IN DER VERKEHRSPOLITIK BERÜCKSICHTIGEN: MOBIL SEIN UND ANKOMMEN – JETZT UND IN ZUKUNFT!“ (PDF)

→ KAMPAGNE JUGENDGERECHT MOBIL

Digitalpolitik

Welchen Einfluss hat die rasante Entwicklung im technischen Bereich auf bestehende Berufsbilder und auf die Übergänge in Biographien junger Menschen?



Das 10-Punkte-Papier „Digitalpolitik jugendgerecht ausgestalten!“ beschreibt, wie Digitalisierung im Übergang von der Schule in Ausbildung, Studium und Beruf jugendgerecht gestaltet werden soll. Es fordert, Arbeits-, Bildungs-, Jugend- und Digitalpolitik enger zu verzahnen, um digitale Chancen zu nutzen und Ungleichheiten nicht zu verstärken.

Die Denkwerkstatt „Jugendgerechte Digitalpolitik“ stellt fest, dass Digitalisierung alle Lebensbereiche junger Menschen tief verändert, besonders die Schul- und Arbeitswelt. Der Übergang von der Schule zum Beruf ist ohnehin herausfordernd; durch digitale Bewerbungsverfahren, Algorithmen und KI-Tools wird er komplexer und für viele Jugendliche intransparent. Das verbreitete Bild des „Digital Native“ greift zu kurz: Viele Jugendliche bewegen sich zwar selbstverständlich in sozialen Medien, verfügen aber nicht automatisch über die Digitalkompetenzen, die sie für Ausbildung, Studium und Arbeitswelt benötigen – etwa E-Mail-Kommunikation, Datenbewertung oder kritischen Umgang mit KI-Systemen. Ziel des Papiers ist eine Digitalpolitik, die diesen Übergang aktiv gestaltet, digitale Risiken begrenzt und digitale Potenziale zugunsten der Chancengerechtigkeit junger Menschen nutzt.

Veränderte Arbeitswelt und Berufseinstieg

Erstens fordert das Papier, die veränderte Arbeitswelt im Berufseinstieg mitzudenken. Berufswahlprozesse sollen durch digitale Tools unterstützt werden, die Jugendlichen helfen, passende Berufsfelder zu finden und den Horizont über traditionelle, milieugeprägte Optionen hinaus zu erweitern. Gleichzeitig warnen die Autor*innen vor der Reproduktion von Geschlechterstereotypen und Ungleichheiten durch diese Tools und betonen die Notwendigkeit persönlicher analoger Begleitung in Beratungsprozessen. Ausbildungsstätten und Betriebe sollen Grundlagen für lebenslanges Lernen vermitteln, etwa Selbstorganisationsfähigkeit für digitale Arbeitsformen, statt nur aktuelle Technikenkenntnisse zu lehren. Beim Einsatz von KI in Bewerbungsverfahren und Zielgruppenansprache wird verlangt, diskriminierende Filter zu vermeiden und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz als Maßstab zu setzen.

Digitalkompetenzen und Infrastruktur

Zweitens rückt das Papier den gezielten Kompetenzerwerb in den Mittelpunkt. Jugendliche brauchen Zeit und Unterstützung, um zu lernen, digitale Inhalte kritisch zu bewerten, Desinformation zu erkennen und unter anderem mit Algorithmen und Überwachungspraktiken reflektiert umzugehen.

Dies soll in Schule, Ausbildung und non-formalen Bildungs-orten wie Jugendzentren und Beratungsstellen systematisch gefördert werden. Drittens fordert die Denkwerkstatt moderne Standards für Hard- und Software in allen Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, einschließlich der Kinder- und Jugendhilfe. Förderprogramme müssen nicht nur Anschaffungen, sondern auch Unterhalt, Support und Qualifizierung des Fachpersonals gewährleisten, damit digitale Infrastruktur tatsächlich nutzbar ist.

Ungleichheiten und Teilhabe

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Verringerung digitaler Ungleichheiten. Digitale Systeme können bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten fortschreiben, wenn sie mit verzerrten Daten trainiert werden oder diskriminierende Kriterien kodieren. Das Papier fordert deshalb, Programmierung und Einsatz digitaler Lösungen so zu gestalten, dass sie allen Jugendlichen gleichberechtigte Zugänge zu Ausbildung und Arbeit eröffnen. Besonders adressiert werden Jugendliche mit Beeinträchtigungen, niedrigem sozioökonomischem Status, Care Leaver und junge Menschen in stationären Hilfen zur Erziehung. Für sie bietet Digitalisierung grundsätzlich Chancen für mehr Teilhabe und Selbstbestimmung, wenn Fachkräfte in Jugend(sozial)arbeit, Schulsozialarbeit und Jugendberufshilfe über ausreichende Zeit, Ressourcen und Kompetenz für Begleitung verfügen.

Brückenstrukturen und Fachkräftequalifizierung

Das Papier betont, dass gelingende Übergänge verlässliche Brückenstrukturen benötigen. Jugendberufsagenturen werden als zentrale Einrichtungen genannt, die flächendeckend ausgebaut und mit klaren Qualitätsstandards sowie datenschutzrechtlich gesicherten Verfahren ausgestattet werden sollen. Sie sollen Schule, Betriebe und Jugendliche zusammenbringen und die digitalen Herausforderungen des Übergangs adressieren. Gleichzeitig brauchen Lehrkräfte, Ausbilder*innen und pädagogische Fachkräfte regelmäßige Weiterbildung, um eigene Rollenbilder zu reflektieren und Jugendliche kompetent im digitalen Wandel zu begleiten. Fortbildungsangebote müssen rechtlich und finanziell abgesichert sein und die Curricula in Ausbildung und Weiterbildung regelmäßig aktualisiert werden.

KI, Automatisierung und Digitalstrategie Jugendhilfe

Schließlich setzt das Papier Akzente zu KI und zur Digitalstrategie der Jugendhilfe. KI-basierte Assistenzprogramme können Jugendlichen mit geringer Computerkompetenz helfen, Übergänge in Ausbildung und Beruf zu bewältigen, wenn sie transparent, datenschutzkonform und diskriminierungsfrei gestaltet werden. Die Kinder- und Jugendhilfe wird als Bereich benannt, der bislang keine umfassende Digitalstrategie hat, obwohl Fachkräftemangel und wachsende Aufgaben digitale Unterstützung besonders nötig machen. Gefordert wird eine gemeinsame Digitalstrategie von Bund, Ländern und Kommunen für die Jugendhilfe, die Infrastruktur, Konzepte, Qualifizierung und Beteiligung junger Menschen zusammenführt und konsequent an ihren Rechten ausrichtet.

Die Denkwerkstatt empfiehlt in dem Papier drei zentrale Leitideen: digitale Berufsorientierung ungleichheitssensibel gestalten, Brückenstrukturen und Fachkräfte stärken und eine rechtbasierte Digitalstrategie der Jugendhilfe anstoßen, die junge Menschen im Übergang von der Schule zum Beruf aktiv einbezieht.

Die digitale Arbeitswelt von morgen wird nicht mit den Lehrplänen von gestern erlernt.

2024

→ DIGITALPOLITIK JUGENDGERECHT AUSGESTALTEN!
10 ECKPUNKTE ZUR DIGITALISIERUNG IM BEREICH
„ÜBERGÄNGE SCHULE ZU BERUF“ (PDF)

Klimapolitik

Wie gelingt es, die Komplexität der globalen Klimakrise auf kommunaler Ebene bearbeitbar zu machen?



Die Folgen des Klimawandels werden jüngere Menschen deutlich stärker treffen als ältere Generationen. Angesichts der globalen Dimension sowie der oftmals polarisierten Debatte auf Bundesebene ist es umso wertvoller, auf kommunaler Ebene wirksame und spürbare Veränderungen zu erreichen.

In der Denkwerkstatt „Jugendgerechte Klimapolitik“ haben sich Expert*innen aus Jugend- und Klimapolitik darüber ausgetauscht, wie wirksame Jugendbeteiligung in Kommunen gestaltet werden kann. Hierzu haben die Akteure der Denkwerkstatt mehrere Podcastfolgen konzipiert, deren Inhalte im Folgenden dargelegt werden. Die Gespräche selbst finden sich im Podcastfeed der AGJ-Reihe „Transfer Talks: Klimaschutz jugendgerecht gestalten“ auf allen gängigen Plattformen sowie auf jugendgerecht.de.

Junge Menschen wollen sich für eine lebensfähige Welt einsetzen. Jugendbewegungen haben die Klimapolitik maßgeblich auf die politische Agenda gehoben und tun dies weiterhin. Zeitgleich beleben junge Klimaaktivist*innen die Debatten über das demokratisch verfasste Gemeinwesen. Die innovative Kraft und der Gestaltungswille der jungen Generation sind für Kommunen ein wichtiger Anknüpfungspunkt,

um eigene Klimaschutz- und Anpassungskonzepte gemeinsam mit jungen Menschen zu entwickeln. Dies sorgt nicht nur für Selbstwirksamkeits- und Demokratieerfahrungen unter den Jugendlichen, sondern auch für Konzepte mit höherer Akzeptanz sowie mittel- und langfristig für lebenswertere Kommunen. Seit dem Abschluss der Denkwerkstatt im Sommer 2024 haben intensive Hitzewellen und hitzebedingte Übersterblichkeit die Dringlichkeit kommunaler Klimaanpassungsmaßnahmen schmerzhaft verdeutlicht.

Kommunale Klimaanpassung

Für junge Menschen ist der Anpassungsbedarf dabei besonders groß. Nur die wenigsten Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und Bibliotheken sind klimatisiert. Der Aufenthalt in klimatisierten Einkaufszentren ist oft mit Kosten oder Konflikten mit den Sicherheitsdiensten verbunden. Freibäder werden aufgrund knapper kommunaler Mittel geschlossen oder verlangen hohe Eintrittspreise. Sofern sich eine Kommune zu Klimaanpassungen entschließt, sind also unbedingt die Nutzungsweisen und Wege junger Menschen zu erfassen und zu berücksichtigen – insbesondere der ökonomisch benachteiligten jungen Menschen, deren Wohnraum oft auch beengt und besonders stark von Hitzestress betroffen ist. Auch Trinkwasserspender an von jungen Menschen frequentierten Orten leisten einen wertvollen Beitrag zur Prävention von hitzebedingten medizinischen Notfällen.

Lokales Handeln mit Jugend

Jenseits von spürbaren Verbesserungen im Lebensumfeld kann die Jugendbeteiligung an kommunalen Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen jedoch sowohl die demokratische Resilienz stärken als auch konkrete Selbstwirksamkeitserfahrungen im Umgang mit dem Gefühl der Hilflosigkeit angesichts globaler Krisenphänomene bieten. Die Beschäftigung mit lokalen Handlungsperspektiven eröffnet zudem vertiefte Verständnisse der Zusammenhänge von Klima und Wetter sowie der demokratischen Einflussmöglichkeiten und Verfahrensabläufe.

Aktivismus für zukunftsgerechte Klimaziele

Dies muss dabei nicht in jedem Fall harmonisch und durch Kommunalverwaltungen organisiert ablaufen. Jugendlicher Klimaaktivismus ist spätestens seit den großen Fridays-for-Future-Protesten 2018 und 2019 fester Bestandteil der klimapolitischen Debatten. Heute gibt es eine Vielzahl bundesweiter und lokaler Gruppen, welche ihre jeweiligen politischen Ebenen zu beeinflussen suchen. Die Ortsgruppen von Fridays for Future sowie Naturschutzjugendorganisationen wie BUNDjugend oder NAJU bringen sich in lokale Fragestellungen ein. Zudem werden öffentliche Anlässe wie Automobilausstellungen Kristallisationspunkte für Proteste, um beispielsweise für eine klimafreundlichere Mobilitätspolitik einzustehen.

Globale Problemlagen mit kommunalen Folgen

Bei allem Engagement ist es für junge Menschen jedoch oft frustrierend zu erleben, dass die nationale und globale Klimapolitik derzeit nicht ausreicht, um die Erderwärmung mittelfristig auf einen Entwicklungspfad zu bringen, der menschliches Leben im derzeitigen Umfang auf der Erde weiterhin ermöglicht. Extremwetterereignisse haben nicht nur Menschenleben gekostet, sondern zudem aufgezeigt, dass die öffentliche Infrastruktur auf solche Ereignisse nicht vorbereitet ist.

Eine jugendgerechte Klimapolitik berührt dabei auch jeden anderen Lebensbereich junger Menschen, ob Bildung, Mobilität, Sicherheit, Wohnen oder Gesundheit. Und wie in vielen anderen Lebensbereichen sind insbesondere arme und mehrfach diskriminierte junge Menschen stärker auf öffentliche Daseinsfürsorge angewiesen, da sie nicht über die Ressourcen verfügen, sich selbst vor Extremwetter zu schützen. Eine ungenügende Klimapolitik zementiert demzu-

folge auch bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten und beeinflusst zahlreiche Lebensläufe negativ. Dies wird nicht zuletzt negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft haben – Dimensionen, die im aktuellen wirtschaftspolitischen Diskurs zu wenig berücksichtigt werden.

Gespräche zu Beteiligung im kommunalen Klimaschutz

Auch im Output der Denkwerkstatt, einer fünfteiligen Podcast-Reihe, spiegelt sich das zentrale Motiv, dass junge Menschen besonders stark von den Folgen des Klimawandels betroffen sind und deshalb ein berechtigtes Interesse an Mitsprache haben. Gleichzeitig wird in den Gesprächen mit allen Gästen deutlich, dass Kommunen von der Kreativität, dem Gestaltungswillen und der Perspektive junger Menschen profitieren können. Die Podcastfolgen machen außerdem sichtbar, dass Beteiligung nicht nur symbolisch sein sollte. Erfolgreiche Jugendbeteiligung braucht echte Einflussmöglichkeiten, gute Strukturen und eine ernsthafte Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Die Podcastreihe ermöglicht ein praxisnahes Bild davon, wie jugendgerechte Klimapolitik aussehen kann. Sie kombiniert konkrete kommunale Beispiele mit übergreifenden politischen und wissenschaftlichen Perspektiven und richtet sich an alle, die Jugendbeteiligung im Klimaschutz verstehen oder selbst in der Praxis umsetzen wollen.

Gegen das Gefühl der globalen Ohnmacht in Sachen Klima hilft das lokale Handeln!

2024

→ Podcast „Transfer-Talks: Klimaschutz jugendgerecht gestalten“

Folge 1: Jugendbeteiligung am Klimaschutzkonzept der Stadt Luckenwalde

Folge 2: Junger Aktivismus in der Klimaschutzpolitik

Folge 3: Impulse von der Bundesebene – Nationale Klimaschutzinitiative

Folge 4: Klimakrise und Jugendbeteiligung in der Stadt Bonn

Folge 5: Nachhaltigkeitsengagement und Jugendbeteiligung im Fokus der Wissenschaft

Bildungspolitik

Wie kann es gelingen, dass alle Studierenden vergleichbare Chancen auf einen erfolgreichen Studienabschluss haben?



Die Denkwerkstatt hat sich mit den Lebenslagen junger Menschen im Studium befasst und dazu in einem Thesenpapier die zentralen bildungspolitischen Probleme und mögliche Lösungen festgehalten

Zentrale bildungspolitische Probleme und mögliche Lösungen aus Sicht der Denkwerkstatt Jugendgerechte Bildungspolitik

Präambel

Im Zentrum der hochschulpolitischen Diskussionen über Studierende stehen oft Aspekte der formalen Qualifizierung Studierender im Mittelpunkt. Nur am Rande werden die Lebensbedingungen, die Interessen und Bedürfnisse Studierender als junge Menschen in einer herausfordernden Lebensphase, thematisiert. Dabei stehen Selbstpositionierung in der Gesellschaft und die Verselbstständigung als Ablösung von Elternhaus oder Jugendhilfe als gleichberechtigte Herausforderungen in dieser Lebensphase an. Auch Schwierigkeiten im Studienzugang und beim Studienabschluss entstehen oft intersektional. Auf dieser Grundlage stellt die Denkwerkstatt Jugendgerechte Bildungspolitik folgende Thesen auf:

These 1:

Das System der Studienfinanzierung in Deutschland zementiert den Ausschluss junger Menschen ohne eigene oder familiäre Ressourcen. Trotz des Wegfalls allgemeiner Studiengebühren, die den sozialen Ausschluss vom Studium verschärfen, bestehen weitere finanzielle Hürden. Das BAföG ist nicht kostendeckend, die Rückzahlungsbedingungen von KfW-Studienkrediten stellen hohe persönliche Verschuldung in Aussicht. Die ausschließende Wirkung wird durch lange Bearbeitungsdauer beim BAföG und mangelnde Berücksichtigung von studienverlängernden Faktoren nur noch verschärft.

Mögliche Lösungen: BAföG-Satz an tatsächliche Lebenshaltungskosten anpassen und dynamisieren; Berechtigtenkreis ausweiten; studienverlängernde Konditionen, wie etwa Sprachförderung, berücksichtigen; Ex-Post-Prüfung beim BAföG-Antrag und schnelle Erstbewilligung; KfW-Konditionen verbessern (Zinsen senken und deckeln); Deutsch als Zweitsprache bei BAföG-Bezug berücksichtigen; BAföG elternunabhängig ermöglichen; Rechtsstatus Careleaver einführen; aus öffentlichen Geldern finanzierte Studienstiftungen auf eine repräsentative Berücksichtigung von BAföG-Berechtigten verpflichten; Studiengebührenfreiheit erhalten.

These 2:

Unter der Wohnraumnot in Hochschulstädten leiden insbesondere von Armut betroffene Studierende und Auszubildende, deren Studienerfolg bzw. Ausbildungserfolg dadurch erschwert bis verunmöglicht wird.

Mögliche Lösungen: Verlängerung und Ausbau des Bundesprogramms Junges Wohnen zur Erhöhung der Wohnheimplätze (u. a. mit der Option sozialpädagogischer Begleitung analog des Azubi-Wohnens), Wiedereinführung/Förderung der Wohngemeinnützigkeit, Mietpreisbremse; mittelfristig: Stadtplanung mit Bedarfen Studierender im Blick.

These 3:

Schüler*innen aller Schulformen werden unzureichend über Berufsperspektiven und Studienmöglichkeiten informiert. Ausbildungs- und Studienberatung geht zu wenig auf Interessen, Fähigkeiten und vielfältige Biografien der Schüler*innen ein.

Mögliche Lösung: Kritische Weiterentwicklung der Ausbildungs- und Studienberatungsangebote hin zu stärker individualisierten, diversitätssensiblen und früh in der Bildungsbiografie ansetzenden Beratungen; bedarfsgerechte Orientierungsangebote zu Berufsperspektiven; Studienbeginn und Ermöglichung von Orientierungssemester; auch Schüler*innen an Schulformen außerhalb des Gymnasiums adressieren („Studieren ohne Abitur“); Schüler*innen frühzeitig über Möglichkeiten der Nachteilsausgleiche und Eingliederungshilfen informieren.

These 4:

Der Hochschulalltag ist so organisiert, dass Studierende in multiplen persönlichen Problemlagen aus dem Blick geraten, weil sie beispielsweise die Kombination von Präsenz- und Digitalveranstaltungen als besondere Herausforderung erfahren und Hochschulpersonal zu wenig geschult ist für den Umgang mit einer diversen Studierendenschaft. Dies gilt insbesondere im Bereich mentaler Gesundheit, aber auch durch Schwierigkeiten mit den informellen Regeln des akademischen Betriebs, der jungen Erwachsenen aus nicht-akademischen Elternhäusern unsichtbare Barrieren in den Weg stellen kann.

Mögliche Lösungen: Peer-to-Peer-Angebote ausbauen, Hochschulpersonal in Diversity- und Awarenessskonzepten schulen, psychologische Beratungsangebote zugänglicher machen, sozialpädagogische Angebote entwickeln (vgl. Schul-

sozialarbeit), Räume für digitale Veranstaltungsteilnahme zur Verfügung stellen, Gefährdungsbeurteilungen psychischer Belastung unter Studierenden; einfache und klare Verfahren, um bei psychischer Belastung oder Krankheit BAföG-Zahlungen über die Regelstudienzeit hinaus zu verlängern.

These 5:

Die Räume für selbstorganisiertes studentisches Leben schrumpfen. Damit geht auch wertvoller Raum für Austausch, Begegnung und kulturelles Leben verloren.

Mögliche Lösung: Die studentischen Selbstverwaltungen erhalten ausreichend Räumlichkeiten, um nicht nur ihre hochschulpolitischen Aufgaben zu erfüllen, sondern um darüber hinaus Beratungsangebote für Studierende und kulturelles Leben ohne Kommerzialisierungszwang anbieten zu können.

These 6:

Hochschulpolitik orientiert sich in ihrer Ausgestaltung am Auftrag der Wissensvermittlung und berücksichtigt in ihren Abläufen kaum die Bedürfnisse und Herausforderungen in der Lebensphase Jugend wie Autonomie-, Moral- und Identitätsentwicklung sowie Verselbstständigung. Dazu sind etwa auch bessere Rahmenbedingungen für das Ehrenamt notwendig.

Mögliche Lösung: Bessere Vernetzung zwischen Hochschulen, BAföG-Stellen, Jobcentern und Sozialbehörden (und weiteren mit dem studentischen Leben befassten kommunalen Einrichtungen); Entzerrung und frühzeitige Kommunikation von Prüfungszeiten; Anerkennung des universitären und außeruniversitären ehrenamtlichen Engagements (z.B. Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement durch ECTS-Punkte, als Praktikumszeiten, flächendeckende Anerkennung von Ehrenamt in BAföG-Bezugsdauer).

Deutschland kann es sich nicht leisten, arme Studieninteressierte aus den Hochschulen auszuschließen!

2025

→ THESENPAPIER ZUR LEBENSPHASE JUGEND IM STUDIUM: ZENTRALE BILDUNGSPOLITISCHE PROBLEME UND MÖGLICHE LÖSUNGEN (PDF)

Finanzpolitik

Wie kann Finanzpolitik so gestaltet werden, dass notwendige Zukunftsinvestitionen ermöglicht und die finanzielle Handlungsfähigkeit kommender Generationen gesichert werden?



*Die konkreten Handlungsbedarfe um Interessen und Bedürfnisse junger Menschen jetzt und zukünftig in den finanzpolitischen Entscheidungsprozessen angemessen zu berücksichtigen, hat die Expert*innenrunde der Denkwerkstatt in dem gemeinsamen „Paper: Mehr Jugendbeteiligung, Generationengerechtigkeit und Zukunftsorientierung in der Finanzpolitik!“ benannt.*

Mehr Jugendbeteiligung, Generationengerechtigkeit und Zukunftsorientierung in der Finanzpolitik!

Finanzpolitik hat einen großen Einfluss auf die Lebensrealitäten junger Menschen. Ihre Gegenwart und Zukunft sind geprägt von Entscheidungen über Infrastruktur, Klima- und Umweltschutz, Bildung, Chancengerechtigkeit, soziale Sicherheit und Rentenpolitik sowie vom Umgang mit dem demografischen Wandel und seiner Folgen für die Finanzierung des Sozialsystems. Dennoch haben junge Menschen kaum Zugang zu finanzpolitischen Debatten, ihre Interessen werden nicht stark genug vertreten und ihre Stimmen nicht gehört.

Was passieren muss:

Jugendbeteiligung an finanzpolitischen Entscheidungen sicherstellen

Junge Menschen müssen aktiv in finanzpolitische Prozesse einbezogen werden – insbesondere in Haushaltsberatungen, Investitionspolitik und Steuerentscheidungen. Bei der Erstellung und Diskussion von Haushaltsplänen sind konkrete und verbindliche Beteiligungsformate zu entwickeln, die Diversität berücksichtigen und eine breite Repräsentation junger Perspektiven ermöglichen.

Partizipationsstrukturen in Bundesministerien etablieren und Jugendinteressen sichtbar machen

Um Jugendinteressen systematisch zu berücksichtigen, braucht es eine gesetzlich verankerte Form von Jugendbeteiligung in den Bundesministerien zu haushaltspolitischen Fragen und Entscheidungen. Nur so können junge Menschen eine jugendgerechte und zukunftsorientierte Finanzpolitik wirksam mitgestalten. Neben qualifizierten Partizipationsformaten nach den Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung können etwa der „Finanzpolitische Jugenddialog“ von FiscalFuture oder eine „Jugend-Enquete-Kommission“ und weitere öffentlich wahrnehmbare Aktivitäten die Sichtbarkeit für die Anliegen der Jugend erhöhen. Ein weiterer Ansatz könnte sein, systematisch zu prüfen, inwiefern der Bundeshaushalt die Interessen junger Menschen in den Fokus setzt und den Anspruch einer Generationengerechtigkeit verfolgt.

Transparente Informationen und umfassende Bildungsangebote schaffen

Finanzpolitik darf nicht exklusiv sein. Um jungen Menschen eine informierte Mitgestaltung zu ermöglichen, müssen finanzpolitische Themen verständlich aufbereitet und niedrigschwellig vermittelt werden. Es braucht sowohl von zivilgesellschaftlichen Akteuren als auch an formalen Lernorten gezielte, ausfinanzierte Informations- und Bildungsangebote, die junge Menschen befähigen, sich in Debatten um Staatsschulden, Steuern, Transformation, Investitionen und die Folgekosten der Klimaveränderung aktiv einzubringen und ihre Interessen zu vertreten. Zentral ist dabei die Entwicklung einer umfassenden Finanzbildungsstrategie für Deutschland sowie die Bereitstellung von Informationsmaterialien, die die Auswirkungen von finanzpolitischen Entscheidungen auf die Jugend und auf nachfolgende Generationen klar darstellen. Hierzu müssen umfangreiche neue Daten erhoben und bereitgestellt werden, um etwa im Tragfähigkeitsbericht zur Entwicklung öffentlicher Finanzen neben demografischen Faktoren auch die Auswirkungen des Klimawandels bzw. von zu wenig Klimaschutzmaßnahmen zu kennen sowie die Kosten des Investitionsstaus abzubilden.

Jugendgerechte Finanzpolitik als Querschnittsaufgabe etablieren

Die Interessen junger Menschen müssen systematisch in finanzpolitische Entscheidungen einfließen. Finanzpolitik betrifft alle Lebensbereiche – von Bildung über Klimaschutz bis hin zur sozialen Sicherheit. Deshalb muss Generationengerechtigkeit als Querschnittsprinzip in finanzpolitischen Prozessen verankert werden, sowohl auf Bundesebene als auch in Ländern, Kommunen und in der Europapolitik. Sensibilisierungsinstrumente wie der Jugend-Check oder Varianten für ein Youth-Budgeting sollten diesen Prozess unterstützen. Ein weiterer Ansatz könnte sein, junge Menschen im Rahmen der Nachhaltigkeitsorientierung des Bundeshaushalts (SDG-Budgeting) konkret zu beteiligen.

Jetzt gemeinsam handeln!

Interessen und Bedürfnisse junger Menschen müssen jetzt und zukünftig in den finanzpolitischen Entscheidungsprozessen angemessen berücksichtigt werden. Alle Entscheidungstragenden sind dazu aufgerufen, sich für eine wirksame Jugendbeteiligung in der Finanzpolitik einzusetzen und gemeinsam eine jugendgerechte Politik umzusetzen.

Junge Menschen haben ein Recht darauf, mitzuentcheiden, in welche Zukunft die Bundesregierung finanziell investiert.

2025

→ PAPER: MEHR JUGENDBETEILIGUNG, GENERATIONENGERECHTIGKEIT UND ZUKUNFTSORIENTIERUNG IN DER FINANZPOLITIK! (PDF)

Sicherheitspolitik

Wie können alle Aspekte von Sicherheitspolitik so gestaltet werden, dass diese die Rechte junger Menschen berücksichtigt?



Die Denkwerkstatt „Jugendgerechte Sicherheitspolitik“ hat 2025 das Grundlagenpapier „Sicherheit und Frieden gemeinsam gestalten – Jugendperspektive in der Sicherheitspolitik ernst nehmen!“ veröffentlicht. Zentrale Aussagen des Papiers sind:

Sicherheitspolitik ist eine zentrale staatliche Aufgabe, die in der öffentlichen Wahrnehmung oft auf militärische Fragen, internationale Konflikte und staatliche Sicherheitsorgane reduziert wird. Dabei sind junge Menschen direkt von sicherheitspolitischen Themen wie Kriegen, Klimakrise, Polarisierung und Desinformation betroffen – aber auch ganz unmittelbar durch die Debatte um Pflichtdienste. Die UN-Agenda für Jugend, Frieden und Sicherheit (YPS) ist ein nützlicher Rahmen, um die Rolle junger Menschen in Friedens- und Sicherheitsbemühungen zu verstehen und ihre Beteiligung zu ermöglichen.

Aus Sicht der Denkwerkstatt braucht es folgende Grundsätze für eine jugendgerechte Sicherheitspolitik:

- ein breites Begriffsverständnis: Sicherheitspolitik umfasst mehr als Verteidigung. Sie schließt zivile Krisenprävention, Klimaschutz, Zivil- und Katastrophenschutz, Demokratiebildung, Jugendaustausch, soziale Sicherheit und globale Verantwortung ein.
- Jugendpartizipation: Junge Menschen in all ihrer Vielfalt müssen verbindlich und ergebnisorientiert an sicher-

heitspolitischen Planungs-, Entscheidungs- und Evaluationsprozessen beteiligt werden. Ihre Perspektiven sind nicht Beiwerk, sondern Voraussetzung einer generationengerechten Politik.

- Transparenz und Bildung: Sicherheitspolitische Strategien müssen nachvollziehbar und zugänglich kommuniziert werden. Junge Menschen sind über die möglichen Folgen sicherheitspolitischer Entscheidungen und Maßnahmen verständlich und transparent zu informieren. Politische Informations- und Bildungsarbeit ist ein Bestandteil präventiver Sicherheit.
- Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit: Sicherheitspolitik muss generationengerecht, langfristig ausgerichtet und in globale Zusammenhänge eingebettet sein. Junge Menschen denken in Zukunftskategorien; Politik muss diesem Anspruch folgen.

Bausteine für eine jugendgerechte Sicherheitspolitik sollten sein:

Jugendbeteiligung wirksam umsetzen:

Auch in der Sicherheitspolitik muss wirkungsvolle und qualitativ hochwertige Jugendbeteiligung fester Bestandteil der Prozesse werden. Junge Menschen und politische Akteure

brauchen hierfür Kapazitäten, Wissen und Training. Dabei sind auch sicherheitspolitische Themen, wie zum Beispiel Bundeswehreinsätze, und politikstrategische Fragestellungen mit jungen Menschen entsprechend ihrer Vielfalt in unterschiedlichen Beteiligungsformaten zu diskutieren. Dabei sind auch internationale Akteure wie die EU oder die UN in der Verantwortung, Jugenddialoge anzubieten und Mitsprache zu ermöglichen. Insbesondere bei UN- und EU-Agenden braucht es institutionalisierte Follow-Up-Prozesse auf nationaler Ebene mit klaren Zuständigkeiten und Ansprechpersonen. Begleitend braucht es auch digitale und hybride Bildungsangebote, die verschiedene Lebenswelten und Zugänge zu sicherheitspolitischen Fragen berücksichtigen. Sicherheitspolitik muss transparenter und öffentlicher diskutiert werden, damit junge Menschen sich ernsthaft einbringen können.

Jugendaustausch und Friedensdienste stärken:

Internationale Jugendbegegnungen, Freiwilligendienste und Projekte sind wichtige Elemente einer jugendgerechten Sicherheitspolitik, die zu mehr interkulturellen Freundschaften, mehr Solidarität und mehr Verständnis für globale Zusammenhänge beitragen. Zudem vermitteln Jugendbegegnungen Konfliktfähigkeit und Werte. Die Rahmenbedingungen dafür müssen ausgebaut werden. Dies betrifft finanzielle Absicherungen, aber auch Erleichterungen beim Visaverfahren und niedrigschwellige Zugänge. Zudem muss das Engagement in Friedensdiensten, Austauschprogrammen und entwicklungspolitischer Arbeit als Beitrag zur globalen Sicherheit ideell und finanziell mehr Wertschätzung erfahren.

Bildung über sicherheitspolitische Zusammenhänge fördern:

Damit junge Menschen sicherheitspolitisch sprechfähig werden, braucht es politische Bildungsangebote mit einem breit angelegten Friedens- und Sicherheitsverständnis. Bestehende Bundesprogramme müssen ausgeweitet werden und neue Fördermöglichkeiten geschaffen werden, auch für den digitalen Raum. Auch die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe sind aufgerufen, das Professionsverständnis weiterzuentwickeln, um sicherheitspolitische Fragestellungen zu vermitteln.

Dienste in Bundeswehr und Zivilgesellschaft gleichwertig ausgestalten:

Mit der Wiedereinführung der Musterung und der Debatte um die Wehrpflicht sollten auch die bestehenden Freiwilligendienste mehr Anerkennung und Stärkung erfahren, um allen jungen Menschen einen freiwilligen Dienst zu ermöglichen. Ziel ist dabei eine Gleichwertigkeit der Dienste – sowohl in der Information über die Dienste, der gesellschaftlichen Wertschätzung und der Ausgestaltung der konkreten Rahmenbedingungen. Dienste sollen nicht nur einen gesellschaftlichen Nutzen bieten, sondern auch gewinnbringend für die Dienstleistenden selbst sein.

Resilienz und Zivilschutz für alle Generationen mit Jugend ermöglichen:

Durch den Aufbau praxisnaher Programme können junge Menschen auch in Krisen handlungsfähig bleiben und Solidarität erleben, was das Vertrauen in Demokratie und staatliche Strukturen stärkt. Die Jugendorganisationen im Zivilschutz sollten daher gezielt gestärkt werden.

Kooperationen und ressortübergreifende Verständigung:

Jugendgerechte Sicherheitspolitik berührt viele Ressorts, die an einer zentralen Stelle koordiniert und vernetzt werden müssen. Die relevanten Akteure und Aktivitäten sollten in diesem Zusammenhang systematisch gebündelt werden. Internationales Handeln verantwortungsvoll planen: In internationalen Konflikten sollte die Priorität immer auf Diplomatie, ziviler Krisenprävention und friedlichen Lösungsansätzen liegen. Junge Menschen sind über die Ausgestaltung internationaler Programme, die sich an der YPS-Agenda orientieren, einzubinden.

2025

→ PAPER: SICHERHEIT UND FRIEDEN GEMEINSAM GESTALTEN – JUGENDPERSPEKTIVE IN DER SICHERHEITSPOLITIK ERNST NEHMEN! (PDF, 2025)

Medienpolitik

Wie kann Mediengestaltung zur gesellschaftlichen Teilhabe und Selbstrepräsentation junger Menschen beitragen?



Die Mitwirkenden der Denkwerkstatt kritisieren in ihrem Empfehlungspapier pauschale Jugendbilder in Medien, Politik und Forschung und formulieren Leitlinien für eine vielfältige, partizipative Medienpolitik.

Junge Menschen und Jugendkulturen sind in Medien häufig unterrepräsentiert oder auf wenige stereotype Rollen reduziert; ihre eigenen Perspektiven fließen selten in die Medienproduktion ein. Pauschale Jugendbilder verzerren die Realität jugendlicher Lebenswelten und beeinflussen politische Entscheidungen, soziale Teilhabe und das Selbstbild junger Menschen. Das Papier sieht darin ein jugendpolitisches Problem und fordert realistische, diversitätsbewusste Jugendbilder sowie echte Beteiligung junger Menschen an medialer Öffentlichkeit. Angesprochen werden Akteure aus Politik, Medienpraxis, Kinder und Jugendhilfe und Forschung, die gemeinsam Rahmenbedingungen für jugendgerechte Medienpolitik schaffen sollen.

Grundsätze jugendgerechter Medienproduktion

Das Empfehlungspapier bündelt drei Grundprinzipien: Beteiligung/Selbstrepräsentation, Sichtbarkeit und Medienbildung.

- **Beteiligung und Selbstrepräsentation:** Junge Menschen sollen eigene Räume und Strukturen erhalten, in denen sie selbst medial aktiv werden, Inhalte gestalten und sich öffentlich äußern können. Gefordert werden verankerte Beteiligungsgremien wie Jugendrundfunkräte, Jugendredaktionen und Jugendräte mit echter Mitsprache, langfristiger Förderung und niedrigschwelligen Zugängen. Das Papier betont, dass es um Gestaltungsmacht geht: Junge Menschen sollen nicht nur befragt, sondern an Programm- und Formatentscheidungen beteiligt sein.
- **Sichtbarkeit im Mainstream:** Jugendthemen und Jugendkulturen sollen nicht nur in Nischenformaten oder „Spezialsendungen“ vorkommen, sondern im medialen Mainstream präsent sein. Das Papier fordert, Inhalte aus jugendorientierten Angeboten (z. B. funk) systematisch in Hauptnachrichten und große Formate einzubinden und Jugendperspektiven in allen Ressorts mitzudenken. Der Mehraufwand für differenzierte Berichterstattung und für die Zusammenarbeit mit Minderjährigen wird als politisch zu adressierende Rahmenbedingung beschrieben.

- **Medienbildung und Meinungsbildung:** Medienkompetenz wird als Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen verstanden. Das Papier fordert eine Stärkung von Medienbildung in formalen (Schule, Hochschule) und non-formalen Kontexten (Jugendzentren, Verbände, kulturelle Freizeiteinrichtungen). Junge Menschen sollen befähigt werden, Inhalte kritisch zu bewerten, eigene Positionen zu entwickeln und Medien selbst zu produzieren – inklusive Anerkennung des kreativen Prozesses und der nötigen Ressourcen.

- **Forschung und Förderinstitutionen:** differenzierte, partizipative Jugendforschung fördern, Skandalisierung pauschaler Jugendbilder vermeiden und Ergebnisse verständlich, barrierearm kommunizieren.

Als zentrale Forderung betont das Papier, dass realistische, vielfältige Jugendbilder nur durch sektorübergreifende Bündnisse gelingen: Kinder und Jugendhilfe, Medien, Politik, Bildung, Wirtschaft und Forschung müssen zusammenarbeiten, um jungen Menschen Räume für Selbstrepräsentation und echte Gestaltungsmacht zu geben.

Jugendbilder und Jugendkulturen divers denken

Ein Schwerpunkt liegt auf der Kritik pauschaler, oft problemzentrierter Darstellungen von Jugend und Jugendkulturen. Jugendkulturen werden als eigenständige Ausdrucksformen jugendlicher Identität beschrieben, deren ästhetische, soziale und politische Dimensionen in Medien und Forschung häufig verkürzt werden. Das Papier fordert eine kontinuierliche, kontextualisierte Berichterstattung, die Jugendkulturen nicht nur bei Konflikten, Skandalen oder Gefährdungsdiskursen sichtbar macht. Dafür braucht es etwa Dialogformate zwischen Politik und Jugend, eine größere Perspektivenvielfalt in Redaktionen und Forschungsdesigns, die Diversität, Intersektionalität und partizipative Ansätze systematisch berücksichtigen.

Konkrete Handlungsempfehlungen für zentrale Akteure

- **Medienpolitik und Landesmedienanstalten:** Jugendrundfunkräte rechtlich verankern, Beteiligungsrechte ausweiten, Förderprogramme für Jugendmedien und non formale Medienbildung ausbauen und Vielfalt in Redaktionen gezielt fördern.
- **Öffentlich rechtliche und private Medienhäuser:** Jugendredaktionen und Jugendräte einrichten, Jugendredaktionen mit Hauptprogramm der Medienanstalten verzahnen, Kooperationen mit Jugendmedien (z. B. Salon 5, Pressenetzwerk Jugendthemen) aufbauen und Jugendkulturen kontinuierlich in ihrer Diversität darstellen.
- **Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen:** Medienbildung als Querschnittsaufgabe verankern, medienpädagogische Qualifizierung von Fachkräften stärken und lokale Medienwerkstätten und Medienzentren in Jugend(kultur-)orten etablieren.

Wer junge Menschen ihre eigenen Geschichten erzählen lässt, zeigt der Welt Realitäten statt Klischees.

2026

→ EMPFEHLUNGSPAPIER: JUGENDBILDER IN MEDIEN, POLITIK UND FORSCHUNG HINTERFRAGEN – HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR EINE PARTIZIPATIVE MEDIENPOLITIK (PDF, 2026)

Geteilte Herausforderungen

Die Denkwerkstätten vertieften sich in Schwerpunktthemen aus neun sehr unterschiedlichen Politikfeldern mit ihren ganz eigenen Handlungslogiken und Voraussetzungen. Trotz dieser Vielfalt gab es in allen Handlungsfeldern einige Querschnittsthemen, die die Notwendigkeit einer gemeinsamen Jugendpolitik aufzeigen.

Unterschiedliche Startvoraussetzungen ...

Am deutlichsten war dies bei allen Aspekten, die die Frage nach gesellschaftlicher Teilhabe berührt haben. Deutschland bietet vielen Jugendlichen gute Entwicklungschancen. Entscheidende Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Elternhäuser über entsprechende soziale und ökonomische Ressourcen verfügen, damit junge Menschen ihre Potentiale bestmöglich realisieren können.

Dies zieht sich durch alle Lebensbereiche. BAföG, Wohngeld und andere Transferleistungen ermöglichen in Städten oftmals keinen Wohnraum nahe der Bildungsorte. Dies hat direkte Auswirkungen auf Bildungsentscheidungen: ein Hochschulstudium, und damit die Aussicht auf bessere Karrieremöglichkeiten im Lebensverlauf, bedeutet zunächst jahrelang kein eigenes oder nur ein geringes Einkommen. Je höher der Eigenaufwand zur Finanzierung eines Studiums ist, desto weniger Zeit bleibt für die Erfüllung der Studien- und Prüfungsleistungen. Das BAföG ist in der gegenwärtigen Ausgestaltung auch nicht für alle Studieninteressierten geeignet, um ein Studium zu ermöglichen.

...mit Auswirkungen in allen Bereichen

Aber schon vor der Berufsqualifizierung haben arme junge Menschen mehr Hindernisse zu überwinden. So wohnen sie oft in kleineren Wohnungen, haben seltener eigene Zimmer und dadurch weniger Möglichkeiten, sich angemessen auf ihre Schulabschlüsse vorzubereiten. Zudem sind ihre Wohnungen oft schlechter auf die zunehmende Hitze vorbereitet – mit negativen Folgen für ihr Wohlbefinden und ihre schulische Leistungsfähigkeit. Auch die Inanspruchnahme von Gesundheitsangeboten und nonformalen sowie informellen

Bildungsgelegenheiten korreliert stark mit den finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses, ebenso wie die schulische Laufbahn. Für junge Menschen aus sozial benachteiligten Familien ist auch die Mitgliedschaft in Jugendverbänden oder Sportvereinen erschwert, es fehlt etwa an Ausrüstung wie passendem Schuhwerk oder Kleidung für sportliche Aktivitäten. Da Armut oft mit Scham verbunden ist, werden bestehende Unterstützungsmöglichkeiten nicht immer in Anspruch genommen. Eine Entstigmatisierung von Armut ist deshalb dringend geboten. Auch die Mobilität ist stark eingeschränkt: stärker als andere Jugendliche sind von Armut betroffene Jugendliche auf einen zuverlässigen ÖPNV sowie bedarfsgerechte Fuß- und Radwege angewiesen.

Mehr als Geld: mehrfache Benachteiligungen

Finanzielle Aspekte sind allerdings nur eine Zugangshürde zur vollumfänglichen Teilhabe an der Gesellschaft. Für junge Menschen mit Beeinträchtigungen bleiben weiterhin viele Räume versperrt – sei es durch physische Barrieren, sei es durch mangelnde Bereitstellung von Unterstützungsangeboten wie Sprachvermittlung oder persönliche Assistenzen. Auch von rassistischen Zuschreibungen betroffene Jugendliche erleben vielfältige Ausschlüsse und Diskriminierungen. Besonders schwer wiegen diese Benachteiligungen, wenn sie Zugänge zu Bildung, Wohnraum und sozialen Kontakten begrenzen und so Folgewirkungen auf den gesamten Lebensverlauf nach sich ziehen. Dies ist nicht nur eine individuell erlebte Ungerechtigkeit, sondern auch ein gesellschaftliches Problem: Einerseits können junge Menschen nicht ihr berufliches Potential ausschöpfen, andererseits erhöht es die Unzufriedenheit mit demokratischen Institutionen, die bestehende Ungerechtigkeiten nicht abbauen, sondern zum Teil noch verstärken.

Besonders herausfordernd wird es dort, wo junge Menschen von mehreren Teilhabeausschlüssen betroffen sind, die sich zum Teil gegenseitig verstärken und dazu führen können, dass bestehende soziale Sicherungsmechanismen nicht zum Tragen kommen und die betroffenen jungen Menschen und ihre Familien alleingelassen werden oder nur unzureichende Unterstützung erfahren.

Wirksame politische Beteiligung fehlt häufig

Teilhabeausschlüsse gibt es auch bei den vorhandenen Möglichkeiten für junge Menschen, sich an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Dabei sind die Mitwirkungsmöglichkeiten für junge Menschen ohnehin sehr ungleich verteilt, da gesetzliche Vorgaben zur Jugendbeteiligung in Kommunen, Ländern, Bund und EU nicht nur viel Spielraum für Politik und Verwaltung lassen, sondern zudem teilweise verkannt oder nicht angeboten werden. Exemplarisch sei hier auf das sehr unterschiedliche Recht junger Menschen verwiesen, sich auf kommunaler Ebene zu beteiligen, auch in Bezug auf das aktive und passive Wahlrecht. Dies zeigte sich auch in den Themen der Denkwerkstätten. Insbesondere in der Sicherheits-, Klima- und Finanzpolitik werden in der Bundespolitik jetzt Weichen gestellt, deren Folgen die heute jungen Menschen über Jahrzehnte betreffen werden. Sie werden jedoch an diesen Fragestellungen kaum beteiligt und haben einen zu geringen Einfluss auf die politischen Debatten. Auch die Qualität der angebotenen Beteiligung ist sehr unterschiedlich. Dabei ist insbesondere die Schnittstelle zwischen Beteiligungsprozessen und erwachsenen Entscheidungsstrukturen oft wenig nachhaltig. Beteiligungsprozesse können so zu Schein- und Symbolveranstaltungen werden, welche mehr Frustration als demokratische Begeisterung wecken können. Wer junge Menschen als aktive und überzeugte Demokrat*innen stärken will, muss funktionierende demokratische Beteiligungsstrukturen anbieten, bei denen die Teilnehmenden erleben, dass ihre Stimme wirklich gehört und in den Entscheidungsprozess aufgenommen wurde. Grundvoraussetzung dafür ist ernsthaftes Interesse an den Perspektiven und Meinungen junger Menschen und wirksame Prozesse, welche Beteiligungsergebnisse aufnehmen und Rückmeldungen erlauben.

Politisches Handeln für mehr Jugendgerechtigkeit

Eigenständige Jugendpolitik strebt danach, allen jungen Menschen Perspektiven für ein gelingendes Leben zu eröffnen. Dazu braucht es alle Politikfelder gleichermaßen. Politische Reformen der jugendrelevanten, politisch zu gestaltenden Lebensbereiche sind daran zu messen, ob sie mehr jungen Menschen einen Zugang zu einem selbstbestimmten, würdevollen Leben eröffnen. Entscheidungen, die vorrangig aufgrund kurzfristiger Finanzierungsperspektiven getroffen werden, haben negative Folgewirkungen und sind keine jugendgerechte Politik.

Für eine jugendgerechte Politikgestaltung braucht es Dialog und Kooperationen

Eine zentrale Erkenntnis der Denkwerkstattprozesse ist, dass in der Zusammenarbeit von Akteuren aus unterschiedlichen beruflichen und politischen Feldern zu einem gemeinsamen Thema neue Verbindungen und Lösungsansätze entstehen, um verbesserte Rahmenbedingungen für junge Menschen zu schaffen. Die Erfahrungen aus der Projektumsetzung zeigen deutlich, dass Herausforderungen, die junge Menschen betreffen, selten isoliert innerhalb eines einzelnen Politikfeldes gelöst werden können. Vielmehr bewegen sie sich in fast allen Politikbereichen und betreffen nicht nur die klassischen jugendassoziierten Handlungsfelder Bildung, Soziales, Arbeitsmarkt oder Gesundheit. Entsprechend braucht es koordinierte und abgestimmte Ansätze, die diese Verschränkungen berücksichtigen. Nicht nur die jungen Menschen selbst profitieren dabei: Expert*innen anderer Politikfelder lernen die eigenständigen Perspektiven junger Menschen auf ihr Thema kennen und können so das eigene politische Agieren erweitern. Langfristig entsteht durch verstetigte ressortübergreifende Kontakte ein Umfeld, welches dem Ziel dient, die Rahmenbedingungen für ein resilientes, selbstbestimmtes und zuversichtliches Aufwachsen junger Menschen in einer demokratischen Gesellschaft zu verbessern.

Im Prozess wurde sichtbar, dass fragmentierte Zuständigkeiten und sektorale Logiken häufig dazu führen, dass Angebote eben nicht ausreichend ineinandergreifen oder staatliche Angebote und Infrastruktur an den tatsächlichen Lebensrealitäten junger Menschen vorbeigehen. Junge Menschen erleben ihre Lebenswelt nicht entlang administrativer Zuständigkeitsgrenzen, sondern als zusammenhängendes Ganzes. Wenn beispielsweise Wohnangebote nicht mit sozialpädagogischer Unterstützung, gesundheitlicher Versorgung, Mobilitätsangeboten oder Zugang zu Ausbildungs- und Freizeitmöglichkeiten verzahnt sind, entstehen Lücken, die die Teilhabechancen junger Menschen erheblich einschränken können. Politikfeldübergreifende Zusammenarbeit ist daher keine optionale Ergänzung, sondern eine grundlegende Voraussetzung für wirksame und nachhaltige Jugendpolitik. Ein wesentliches Learning aus den Denkwerkstätten besteht

darin, dass erfolgreiche Kooperationen aktiv gestaltet werden müssen. Unterschiedliche Akteur*innen bringen eigene Logiken, Zielsetzungen und Arbeitsweisen mit. Diese Vielfalt ist einerseits eine Stärke und führt zu besseren Ergebnissen, erfordert andererseits aber gezielte Abstimmungsprozesse, klare Kommunikationsstrukturen und geteilte Ziele. In den verschiedenen Denkwerkstattprozessen hat sich gezeigt, dass Austauschformate auf Augenhöhe, transparente Entscheidungsprozesse und verbindliche Absprachen entscheidend sind, um Vertrauen für eine gemeinsame Arbeitsbasis zu schaffen und etwa Empfehlungen im Konsens zu entwickeln.

Partizipative und evidenzbasierte Prozesse

Darüber hinaus wurde deutlich, dass die Einbindung junger Menschen selbst ein zentraler Bestandteil politikfeldübergreifender Zusammenarbeit sein muss. Wirksame Partizipation sollte in allen Politikbereichen verankert sein. Gleiches gilt für evidenzbasiertes Handeln auf Basis der Jugendforschung. Nur wenn die Perspektiven und Bedürfnisse junger Menschen systematisch einbezogen werden, können Maßnahmen entwickelt werden, die wirksam sind. Die Denkwerkstätten haben gezeigt, dass junge Menschen wichtige Impulse in Fachdebatten geben können, da sie auf konkrete Lösungsansätze hinweisen können, die aus institutioneller Perspektive weniger sichtbar sind. Junge Menschen haben sich dabei nicht nur als Expert*innen für ihre Lebensphase betätigt, sondern auch Wissen und Fähigkeiten der jeweiligen Themenfelder eingebracht.

Besonders deutlich wurde über alle Denkwerkstätten hinweg, wie sehr der Zugang junger Menschen zu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens von finanziellen und gesellschaftlichen Ressourcen abhängt. Insbesondere mehrfach benachteiligte junge Menschen erhalten so kaum Chancen und Möglichkeiten zu sozialem Aufstieg oder zur Entwicklung einer eigenständigen Perspektive auf ein gelingendes Leben.

Die Ursachen hierfür sind ebenso ressortübergreifend zu betrachten und aufzulösen. Vor diesem Hintergrund sind die anhaltend hohen finanziellen Belastungen für junge Menschen und ihre Familien höchst kritisch zu bewerten.

Ein weiteres wichtiges Learning betrifft die strukturellen Rahmenbedingungen für Zusammenarbeit. Häufig stehen Kooperationen vor praktischen Hürden wie unterschiedlichen Finanzierungslogiken, fehlenden Ressourcen für Koordination oder unklaren Zuständigkeiten. Im Projekt wurde deutlich, dass nachhaltige politikfeldübergreifende Zusammenarbeit entsprechende strukturelle Unterstützung benötigt. Dazu gehören etwa klare Mandate für Kooperation, ausreichende personelle Ressourcen sowie Förderlogiken, die Zusammenarbeit nicht erschweren, sondern gezielt ermöglichen. Ohne solche Rahmenbedingungen bleibt Kooperation oft auf Einzelne angewiesen und ist entsprechend fragil. Ein breiter Teilnahmekreis qualifiziert hingegen die Arbeitsprozesse wesentlich.

Wirkungsorientierung und Übertragbarkeit

Gleichzeitig haben die Denkwerkstätten gezeigt, dass bereits kleinere Kooperationsformate eine große Wirkung entfalten können. Insbesondere niedrigschwellige Austauschformate zwischen unterschiedlichen Akteur*innen haben dazu beigetragen, gegenseitiges Verständnis zu fördern und gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln. Solche Formate können als Ausgangspunkt dienen, um langfristig tragfähigere Netzwerke und Strukturen aufzubauen. Entscheidend ist dabei, dass Zusammenarbeit nicht nur projektbezogen gedacht wird, sondern als dauerhafte Aufgabe verstanden wird. Das Format der Denkwerkstätten ließe sich gut auf die lokale oder die Landesebene übertragen. Dabei ist die Bedeutung der so entstehenden informellen Netzwerke hervorzuheben.

Ein weiterer Aspekt betrifft die Bedeutung einer gemeinsamen Zielorientierung. Politikfeldübergreifende Zusammenarbeit wird besonders dann wirksam, wenn sich alle Beteiligten auf geteilte Ziele verständigen können, die über die jeweiligen Einzelinteressen hinausgehen. In den Denkwerkstätten war dies insbesondere die Verbesserung der Lebensbedingungen und Teilhabechancen junger Menschen. Diese gemeinsame Perspektive hat dazu beigetragen, unterschiedliche Interessen auszubalancieren und Kompromisse zu ermöglichen.

Politikfeldübergreifende Dialoge und Kooperationen

Ressortübergreifende Zusammenarbeit erfordert Offenheit für andere Sichtweisen, die Bereitschaft zum Austausch und zum Hinterfragen bestehender Routinen. In Organisationen, die stark entlang von Zuständigkeiten strukturiert sind, kann dies einen Veränderungsprozess bedeuten, der die Chance bietet, innovative Lösungen zu entwickeln und bestehende Strukturen weiterzuentwickeln.

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass politikfeld- und ebenenübergreifende Zusammenarbeit eine zentrale Voraussetzung dafür ist, jungen Menschen gute Rahmenbedingungen in ihrer Lebensphase zu bieten. Sie ermöglicht es, komplexe Herausforderungen ganzheitlich anzugehen, Ressourcen effizienter zu nutzen und Maßnahmen auf die Lebensrealitäten junger Menschen abzustimmen. Damit diese Zusammenarbeit gelingt, braucht es geeignete Strukturen und die gemeinsame Gestaltung von Kooperationen. Das Projekt hat mit den Denkwerkstattprozessen gezeigt, dass sich der Einsatz für solche Formen der Zusammenarbeit lohnt und einen wertvollen Beitrag zur Verbesserung von Teilhabe und Chancengerechtigkeit leisten kann.

Politikfeldübergreifende Zusammenarbeit muss daher politisch verbindlich verankert und durch entsprechende Ressourcen, abgestimmte Zuständigkeiten sowie Förderstrukturen abgesichert werden. Nur wenn ressortübergreifendes Handeln systematisch gefördert und im Sinne einer Eigenständigen Jugendpolitik weiter eingefordert wird, können wichtige Rahmenbedingungen für die Lebensphase Jugend geschaffen werden.

Jugend gehört in jede Politik!

Für eine starke Eigenständige Jugendpolitik in allen politischen Handlungsfeldern

Abstract

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ setzt sich mit diesem Positionspapier für eine konsequente Stärkung der Jugendpolitik als ressortübergreifendes Politikfeld ein. Ziel einer jugendgerechten Politik muss es sein, die Lebenslagen und Interessen junger Menschen in allen politischen Bereichen systematisch zu berücksichtigen und ihre Mitwirkung als festen Bestandteil politischer Entscheidungsprozesse zu verankern.

Für eine starke Eigenständige Jugendpolitik sind verlässliche Rahmenbedingungen, stabile Strukturen sowie eine nachhaltige finanzielle und institutionelle Absicherung erforderlich.

Jugendpolitik wird dabei als Querschnittsaufgabe verstanden, die eine koordinierte Verantwortung aller Ressorts voraussetzt. Zugleich betont die AGJ die Notwendigkeit, tragfähige Kooperationen zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu festigen, um die Wirksamkeit jugendpolitischer Maßnahmen langfristig zu sichern.

Einleitung: Jugendpolitik stärken!

In allen Politikfeldern werden Entscheidungen getroffen, die die Lebensphase Jugend¹ berühren und gestalten. Die AGJ hat bereits 2020 in ihrem Beschluss „Jugend braucht mehr! – Eigenständige Jugendpolitik voranbringen und weiterdenken“² die Entwicklung einer kohärenten Politik angemahnt, welche gute Rahmenbedingungen für junge Menschen schafft. Dabei stellt sie klar, dass junge Menschen sich selbst für eine lebenswerte Gegenwart und Zukunft engagieren (bzw. engagieren wollen), die von einem demokratischen Miteinander, sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung geprägt sein sollten.³ Politik, die junge Menschen betrifft, sollte evidenzbasiert entwickelt werden. Dabei nimmt die AGJ nicht nur die staatlichen Ebenen in die Pflicht, sondern auch die Kinder- und Jugendhilfe in ihrer gesamten Verfasstheit.

Diese Position wurde in den vergangenen Jahren vielfach aufgegriffen und die Bedeutung eines politischen Agierens im Sinne der Eigenständigen Jugendpolitik unterstrichen. Besonders hervorzuheben sind

¹ Die Lebensphase Jugend umfasst im Verständnis der Eigenständigen Jugendpolitik die Altersspanne 12 bis 27 Jahre.

² AGJ-Positionspapier „Jugend braucht mehr – Eigenständige Jugendpolitik voranbringen und weiterdenken“. Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, 2020, www.jugendgerecht.de/downloads/AGJ-Positionspapier_Jugend_braucht_mehr_2020.pdf

³ Vgl. Albert, Mathias; Quenzel, Gudrun et al.: Jugend 2024 - 19. Shell Jugendstudie. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt. Beltz, Weinheim, 2024.

der 15.⁴ und 17.⁵ Kinder- und Jugendbericht. Dennoch ist zu konstatieren, dass den gewachsenen Bemühungen um eine umfangreichere Beteiligung junger Menschen und eine bessere Wahrnehmung ihrer Interessen und Bedarfe weiterhin politisch herausfordernde Rahmenbedingungen gegenüberstehen. Jugendliche sind angesichts begrenzter Haushaltsmittel auf allen politischen Ebenen gegenüber anderen Interessengruppen strukturell benachteiligt. Dies wird insbesondere in den Handlungsfeldern der Jugendarbeit sowie entsprechender Partizipationsstrukturen deutlich. Auch zeigt sich im aktuellen politischen Tagesgeschäft, dass die Belange und Interessen von jungen Menschen, die in vielen unterschiedlichen Ressorts und Politikfeldern aufgegriffen und berücksichtigt werden müssten, weder koordiniert noch strategisch hervorgehoben Aufmerksamkeit erhalten. In einer alternden Gesellschaft geraten junge Menschen damit zunehmend in den Hintergrund, demografisch ebenso wie politisch.

In Anbetracht dieser Entwicklungen fordert die AGJ eine generationengerechte Politikgestaltung ein, die Jugendpolitik ressortübergreifend denkt, umsetzt und der schrumpfenden Gruppe junger Menschen besondere Berücksichtigung und Unterstützung zukommen lässt.

Jugend ermöglichen – in allen Politikfeldern

Zur Weiterentwicklung der Eigenständigen Jugendpolitik führte das AGJ-Projekt „jugendgerecht.de – Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik“ von 2023 bis 2026 neun thematische Denkwerkstätten⁶ durch, um jugendpolitische Perspektiven in verschiedenen Politikfeldern zu entwickeln und wahrnehmbar einzubringen. Thematisch wurden Rahmenbedingungen des Aufwachsens bearbeitet. An den Denkwerkstätten nahmen Expert*innen, darunter auch Jugendinteressensvertretungen, aus Jugendpolitik und den jeweils thematisierten Politikfeldern teil. In den Denkwerkstätten wurden sowohl dringende als auch substantielle Handlungsbedarfe für die Jugendpolitik herausgearbeitet.

- In der **Wohnungspolitik** erschweren die angespannten Wohnungsmärkte in urbanen Räumen sowie die überwiegend auf Familien mit Kindern ausgerichteten Wohnungsmärkte im ländlichen Raum jugendliche Lebensplanungen.
- In der **Gesundheitspolitik** ist spätestens seit der Corona-Pandemie sichtbar: die mentale Gesundheit eines relevanten Teils der jungen Generation ist schwer belastet und junge Menschen brauchen deutlich mehr Unterstützung und Präventionsstrategien als bisher, damit Lebensperspektiven nicht verengt werden.
- In der **Mobilitätspolitik** werden die Mobilitätsbedarfe und Verkehrsmittel junger Menschen oft nachrangig behandelt. Der Fokus auf den motorisierten Individualverkehr in weiten Teilen Deutschlands ist nachteilig für viele junge Verkehrsteilnehmende.
- In der **Digitalpolitik** fällt auf, dass gerade im formalen Bildungsprozess und am Übergang von der Schule ins Berufsleben junge Menschen, die sie begleitenden Fachkräfte und die Institutionen am Übergang unzureichend auf die digitalen Anforderungen vorbereitet sind.

⁴ „15. Kinder- und Jugendbericht: Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten – Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter“. BMBFSFJ, 2017, www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/115438/d7ed644e1b-7fac4f9266191459903c62/15-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf.

⁵ „17. Kinder- und Jugendbericht: Zuversicht braucht Vertrauen. Die Lage der jungen Generation und die Situation der Kinder- und Jugendhilfe“. BMBFSFJ, 2025, www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/244626/b3ed585bocabice86b3c711d1297db7c/17-kinder-und-jugendbericht-data.pdf.

⁶ Alle Arbeitsergebnisse der Denkwerkstätten (2023-2026) und weiterführende Materialien finden sich unter <https://www.jugendgerecht.de/eigenstaendige-jugendpolitik/denkwerkstaetten>

- Im Bereich **Klimapolitik** ist wichtig, dass junge Menschen an kommunalen Klimaschutzmaßnahmen beteiligt werden; denn sie werden von den Auswirkungen des Klimawandels direkt und stark betroffen sein.

- In der formalen **Bildungspolitik** zeigt sich, dass Studierende mit ihren oft prekären Lebenslagen jugendpolitisch wenig betrachtet werden. Zahlreiche Hürden erschweren insbesondere für Jugendliche aus bildungsbenachteiligten Haushalten nicht nur den Zugang zu weiterführenden Schulen und Ausbildungen, sondern auch einen erfolgreichen Hochschulabschluss.

- In der **Finanzpolitik** haben junge Menschen selbst keine verbindlichen Beteiligungsmöglichkeiten, um ihre Perspektiven auf den Bundeshaushalt zu entwickeln und einzubringen – trotz aller Diskussionen zum Thema Generationengerechtigkeit.

- Eine jugendpolitische Sicht auf **Sicherheitspolitik** erfordert einen breiten Sicherheitsbegriff, der junge Menschen nicht nur als dringend benötigtes Personal der Verteidigungspolitik versteht, sondern ihre Perspektiven einbindet und alle Generationen in den anstehenden Ausbau der zivilen Resilienzstrukturen heranzieht.

- In der **Medienpolitik** wird sichtbar, dass junge Menschen wenig Zugang zur Medienproduktion haben und daher oft verkürzt, einseitig und verzerrend über junge Menschen berichtet wird.

Die ressortübergreifende Befassung mit den vielfältigen Anforderungen an junge Menschen und die Strukturen, welche die Lebensphase Jugend prägen, zeigt: Jugendliche müssen sich in einer sehr dynamischen Welt immer wieder neu an sich verändernde Rahmenbedingungen anpassen. Die hierfür notwendigen Ressourcen, etwa Bildung, Geld, Erfahrungen von Selbstwirksamkeit und Beteiligung sowie Unterstützung durch Erwachsene, sind unter jungen Menschen sehr ungleich verteilt. Das gilt auch für die familiären oder betreuenden Kontexte, in denen sie aufwachsen. Aus dieser Ungleichheit resultierende querschnittliche Handlungsbedarfe sind in den Denkwerkstätten deutlich geworden.

Jugendarmut und Teilhabeausschluss beeinträchtigen die Jugendphase

Armut und Teilhabeausschlüsse haben sich in jedem einzelnen Handlungsfeld als große Problemlagen manifestiert. Der Zugang zu beinahe allen gesellschaftlichen Bereichen ist insbesondere für junge Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen, niedrigem Bildungsstand, mit Fluchtgeschichte und mit körperlichen und/oder geistigen Beeinträchtigungen massiv erschwert. Hinzu kommen Ausgrenzungen von Jugendlichen mit mehrfachen Diskriminierungserfahrungen. Oft sind junge Menschen von vielen Belastungen gleichzeitig betroffen und auf zivilgesellschaftliche und staatliche Unterstützungsstrukturen zwingend angewiesen. Dies berührt existenzielle Fragen wie z. B. den Zugang zu bezahlbarem (und ggf. barrierearmen) Wohnraum, zu Bildungswegen und zu Gesundheitseinrichtungen. Kinder- und Jugendhilfe trägt zwar dazu bei, Armutsfolgen abzumildern, ihre Wirkmacht auf andere Ressorts ist jedoch begrenzt.⁷ So ziehen sich Ausschlüsse durch die gesamte Jugendphase und verhindern die Erfüllung der Kernherausforderungen des Jugendalters (Verselbstständigung, Selbstpositionierung und Qualifizierung), mit lebenslangen biographischen Folgen für die jungen Menschen und ihre Familien. Eine ressortübergreifend organisierte Eigenständige Jugendpolitik muss zum Ziel haben, allen jungen Menschen faire Chancen auf ein gelingendes, eigenständiges Leben zu eröffnen.⁸

7 Vgl. „Kap. 10 Prävention und Bekämpfung von Kinder-, Jugend- und Familienarmut: für ein soziales Netz, das trägt“ in AGJ-Stellungnahme „Junge Menschen im Mittelpunkt: Rechte der jungen Generation verwirklichen und demokratische Teilhabe stärken – Einschätzungen und Empfehlungen zu den kinder- und jugend(hilfe)politischen Vorhaben der Bundesregierung in der 21. Legislaturperiode“. Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, 2025, https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2025/StN_kinder-_und_jugendpolitische_Vorhaben_der_Bundesregierung.pdf

8 Vgl. „Eigenständige Jugendpolitik: Leitlinien, Grundsätze und Ziele“. Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik – jugendgerecht.de, 2019, https://www.jugendgerecht.de/downloads/jugendgerecht_Broschre_Leitlinien_190702_RZ.pdf

Mitwirkung junger Menschen als unabdingbarer Teil des Politikbetriebs

Junge Menschen werden an Kernfragen des Aufwachsens, die in verschiedenen Politikfeldern verhandelt werden, kaum beteiligt. Dort, wo sie existiert, ist Beteiligung zudem oft nicht systematisch, wirkungsvoll oder nachhaltig.

Gleichzeitig belegen Beispiele aus der Bundespolitik die positive Wirkung einer strukturierten Beteiligung junger Menschen: So konnte das Bundesjugendkuratorium der 20. Legislaturperiode unter Mitwirkung junger Menschen zahlreiche stark beachtete Stellungnahmen, Publikationen und Zwischenrufe verfassen. Die Mitwirkung junger Menschen am 16. und insbesondere am 17. Jugendbericht der Bundesregierung schärfte den Blick für die Bedarfe und Anliegen junger Menschen, welche in die finalen Jugendberichte einfließen konnten und Grundlage für evidenzbasiertes politisches Handeln sein können. Die „Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung in Klimafragen“ beim Deutschen Bundesjugendring unterstützt die Vernetzung junger, verbandlich organisierter Zivilgesellschaft mit dem Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) und zeigt den Wert mehrjähriger professionell begleiteter Beteiligungsprozesse auf Bundesebene.

Stimmen junger Menschen im Diskurs stärken

Die Gesellschaft braucht die Perspektiven junger Menschen und ihrer Interessenvertretungen in allen Politikfeldern. Daher ist insbesondere die Jugendpolitik aufgefordert, jungen Menschen Zugänge und Mitsprache im gesamten politischen Diskurs zu ermöglichen. Im Austausch mit weiteren Expert*innen können alle Beteiligten breitere politische Perspektiven und Zugänge gewinnen, die eigenen Argumente schärfen und Verbündete für gemeinsame Aktivitäten finden. Der Dialog mit anderen Stakeholdern kann eine wirksame Strategie sein, um einem möglichen „Gegeneinander ausspielen“ unterschiedlicher Interessengruppen den Boden zu entziehen. Politikfeldübergreifende Bündnisse können so auch zivilgesellschaftliche Strukturen stärken. Jugendpolitik ist auf allen Ebenen ein Querschnittsthema und kann daher eine zentrale Funktion im Schmieden breiter Bündnisse zu einer Vielfalt jugendrelevanter Themen einnehmen.

Wirksame Partizipationsformate auf Bundesebene weiterentwickeln

Wie die Mitsprache und Beteiligung junger Menschen an politischen Prozessen auf Bundesebene in Zukunft konkret gestaltet werden können, wird unter Jugendinteressenvertretungen und in der übrigen Fachwelt breit diskutiert. Die AGJ begrüßt die anhaltende Fachdebatte⁹ über erweiterte Mitwirkungsmöglichkeiten junger Menschen auf Bundesebene und verweist auf die Qualitätsstandards zu Kinder- und Jugendbeteiligung¹⁰ als Orientierungspunkt für die weiteren Entwicklungen. Wertgeschätzt werden muss dabei der Wert jugendlicher Selbstorganisation: Jugendverbände und -organisationen mit ihren vielfältigen Mitgliedern und Erfahrungen sind wichtige Ansprechpartner für Politikberatung und -entwicklung. Grundsätzlich bedarf es zudem eines Ausbaus jugendpolitischer Beratung durch junge Menschen auf Bundesebene. Die genaue Ausgestaltung der Beteiligungsformate sollte den Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung folgen. Grundsätzlich ist eine Vielzahl unterschiedlicher, auf Beteiligungsgegenstand und -prozess angepasster Ansätze sinnvoll, die eine möglichst breite Beteiligung entsprechend der Ressourcen junger Menschen ermöglicht.¹¹ Ebenso notwendig ist eine intensivere Vernetzung auf kommunaler Ebene und Länderebene, sowie auf europäischer und internationaler Ebene, um politische Teilhabe und soziale Absicherung junger Menschen angesichts eines tiefgreifenden Wandels in Arbeits- und Lebensverhältnissen zu etablieren.

9 Aktuelle Beispiele und Debatten dazu vgl. „Sammelband Jugendbeteiligung auf Bundesebene: Perspektiven. Praxis. Impulse“. Bundeskompetenzzentrum Kinder- und Jugendbeteiligung, 2026, https://www.komkjb.de/fileadmin/user_upload/KomKJB/Sammelband.pdf

10 „Mitwirkung mit Wirkung: Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung“. Deutscher Bundesjugendring, 2022/2026, <https://standards.jugendbeteiligung.de/>

11 Vgl. „Erfahrungen junger Menschen in der Politikberatung – Beteiligungspraxis junger Menschen auf Bundesebene“. Bundesjugendkuratorium, 2025, https://bundesjugendkuratorium.de/data/BJK_2025_Erfahrungen-junger-Menschen-Politikberatung.pdf

Der Jugendpolitik nicht die Grundlagen entziehen – stabile Strukturen ermöglichen

Seit dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung im Mai 2025 ist die Jugendstrategie der Bundesregierung nicht weiterentwickelt worden. Zuvor brachte die Strategie, trotz auferlegter gemeinsamer Verantwortung der Ressorts, nur punktuelle Kohärenz in das jugendpolitische Agieren der Bundesregierung. Die Schaffung der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMA) Jugend war ein wichtiger Schritt und brachte die Chance, in einigen Handlungsfeldern die Zusammenarbeit zwischen den Bundesministerien zu unterstützen. Dennoch blieben Doppelstrukturen und Lücken. Die AGJ bekräftigt ihre Forderung nach einer ressortübergreifenden, kohärenten Jugendpolitik. Die IMA kann dabei eine zentrale Rolle spielen, sofern sie von allen Ressorts aktiv als Ort der gemeinsamen Politikentwicklung und -abstimmung auf Arbeitsebene genutzt wird. Die Anliegen junger Menschen müssen aufgegriffen werden und dürfen nicht durch unklare Zuständigkeiten vernachlässigt werden. Junge Menschen und ihre Vertretungen müssen mit ihren Anliegen fachkundige und verantwortliche Ansprechpersonen finden.

Zivilgesellschaft fördern, Fachlichkeit sichern

Der Staat braucht eine aktive und engagierte Zivilgesellschaft zur Erfüllung seiner Aufgaben. Junge Menschen brauchen Orte und Strukturen, um sich zu beteiligen und im politischen Prozess gehört zu werden. Dies ist ohne staatliche Unterstützung nicht möglich. Durch die wiederholten Kürzungsabsichten im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) sowie die bisher nicht umgesetzten Ankündigungen des Koalitionsvertrags (10% Aufwuchs und Dynamisierung) werden die Jugendarbeit sowie die Vertretungsstrukturen junger Menschen geschwächt. Wenn Zivilgesellschaft mit Misstrauen oder Ablehnung begegnet wird, können auch jugendpolitische Ziele nicht erreicht sowie Fachlichkeit nicht verlässlich gesichert und gestärkt werden. Dadurch verliert die Bundesregierung eine unverzichtbare zivilgesellschaftliche Expertise, auch für die eigenen Vorhaben.

Forderungen für eine ressortübergreifende jugendpolitische Verantwortung

Im Interesse einer kohärenten und wirkungsvollen Jugendpolitik aller Ressorts zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse für junge Menschen in ganz Deutschland, insbesondere bezogen auf Entwicklungschancen und Daseinsvorsorge, fordert die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ von der Bundesregierung:

- Auskömmliche, strukturierte und dynamisch wachsende Finanzierung der Regelstrukturen für junge Menschen sowie eine ressortübergreifende Finanzierung gemeinsamer Aktivitäten, die nachhaltig gesichert sind und nicht in wiederkehrenden Kürzungsdebatten zum Kinder- und Jugendplan des Bundes zur Disposition gestellt werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich hierzu eng mit den Ländern und Kommunen in Politikentwicklung und -umsetzung abzustimmen.
- Entwicklung und Umsetzung einer von allen Ressorts getragenen, kohärenten Jugendstrategie für Deutschland, die im Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen ausgestaltet wird, faire Chancen und Perspektiven auf ein gelingendes Leben für alle Jugendlichen zum Ziel hat und anschlussfähig zur EU-Jugendstrategie ist.
- Konsequente Weiterentwicklung des Jugend-Checks als Prüf- und Sensibilisierungsinstrument mit angepasster Adressatenausrichtung, welche vor allem das Parlament und Ministerien, aber auch die Fachöffentlichkeit und junge Menschen in den Blick nimmt.

- Kontinuierliche Mitwirkung von Jugendverbänden und ihren Zusammenschlüssen, Schüler*innenvertretungen und weiteren Jugendselbstorganisationen an der Entwicklung und Umsetzung ressortübergreifender Strategien und Programmen in jugendpolitisch relevanten Feldern wie Klima-, Digital-, Sicherheits-, Finanz-, Wohnungs- oder Mobilitätspolitik durch jugendgerechte digitale und analoge Formate.
- Impulssetzung über Jugendforschung und eine Erweiterung der Jugendberichterstattung um ressortübergreifende Indikatoren, damit zusätzliche Aspekte jungen Lebens für politisches Handeln erschlossen werden können und intersektionale Benachteiligungen sichtbar werden. Junge Menschen sind an der Erstellung der Indikatoren und an der Formatwahl zu beteiligen. Jugendforschung muss breit und bedarfsgerecht finanziert werden und die Forschungsergebnisse müssen stärker an Zielgruppe, Politik und Fachwelt vermittelt werden.

Appell: Jugendpolitik braucht Verbündete

Jugendpolitik ist Querschnittspolitik und kann daher nur ressortübergreifend gedacht und gestaltet werden. Eine Jugendpolitik, die junge Menschen in ihrer gesamten Lebensrealität ernst nimmt und somit Jugend ermöglicht, braucht starke, dauerhafte Verbindungen in alle Politikfelder und eine gemeinsame Verantwortung. Dies gilt nicht nur für Politik und Verwaltung, sondern auch für zivilgesellschaftliche Akteure im Haupt- und Ehrenamt. In Zeiten, in denen öffentliche Haushalte zunehmend unter Druck geraten und Jugend starke Verbündete braucht, sind breite Bündnisse zwischen Jugendpolitik und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen unerlässlich – auch um Kürzungsdebatten, die junge Menschen und die politisch Schwächsten treffen, wirkungsvoll gemeinsam zu entkräften.

Dabei sind nicht nur der Bund, sondern auch die Länder und Kommunen zur verstärkten Zusammenarbeit aufgerufen, um staatliches Handeln an den Zielen von Nachhaltigkeit und Zukunftsfestigkeit auszurichten. Strukturreformen dürfen nicht als Einschnitte auf dem Rücken junger Menschen ausgetragen werden, sondern müssen in der zugrundeliegenden Finanzarchitektur einen generationengerechten Sozialstaat realisieren.

Die AGJ fordert verbindliche, ressort- und ebenenübergreifende Zusammenarbeit – für eine Politik, die junge Menschen in ihrer gesamten Lebensrealität ernst nimmt und Jugend ermöglicht.

Dieses Positionspapier wurde beschlossen vom Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ am 1./2. Oktober 2026 in Berlin.

Impressum

HERAUSGEBER

jugendgerecht.de – Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik
c/o Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

Mühlendamm 3, 10178 Berlin

T +49 30 40040-235

F +49 30 40040-232

jugendgerecht@agj.de



RECHTSTRÄGER

Vorstand der Arbeitsgemeinschaft
für Kinder- und Jugendhilfe e. V.

V. I. S. D. P.:

Franziska Porst

REDAKTION

Rabea Gottwald, Nils Rusche, Heidi Schulze

GESTALTUNG

Annika Hübner Design

www.annikahuebner.de

ERSCHEINUNGSDATUM

Oktober 2026

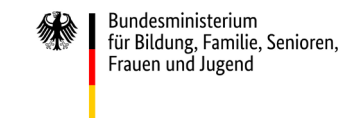
BILDNACHWEISE

- 4 SHVETS production
- 6 Natalie Bond
- 8 Jörg Farys
- 10 Vanessa Loring
- 12 Jörg Farys
- 14 pixabay.com
- 16 Cottonbro Studio
- 18 TheAndrasBarta
- 20 Vanilla Bear Films

EIN PROJEKT DER



GEFÖRDERT VOM



IM RAHMEN DER



AUS MITTELN DES



